Nr. 8. 17. Jahrg.

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 ₰.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 25. Februar 1899.

Inserate die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Kritisches zur Arbeitslosenunterstützung. — Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung. — Zur Klarstellung. — Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Königsberg in Pr. II. — Staatswerftliches. — Ein großer Metallarbeiterstreik in der Schweiz. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Niederrheinischer Agitationsbezirk. — An die Metallarbeiter Thüringens. — Rundschau. — Berichtigung.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

von Drehern, Hoblern und Schlossern nach **Dresden** (Fischer & Wünsch) Str.;

von Fahrradarbeitern nach **Freiburg i. B.**;

von Feilenhauern ꝛc. nach **Frankenthal** und **Speyer**, nach **Halle a. S.** (Ammendorfer Feilen- u. Maschinenfabrik);

von Formern nach **Alt- und Neugersdorf** (Oberlausitzer Eisengießerei Thiele & Lindner), Str., nach **Döbeln** (Maschinenfabrik F. Haase) Str., nach **Dortmund** (Meißner), nach **Halle** a. S.-Büschdorf (Jakobi), nach **Lauchhammer** M., nach **Nürnberg** (Schuckert) Str.;

von Klempnern nach **Köln a. Rh.** (Berghausen-Andreaskloster) L.;

von Metallarbeitern nach **Baden**, Schweiz (Brown, Boveri & Co.) Str., nach **Pößneck** (Camillo Walther);

von Nautischen Instrumentenmachern, Mechanikern ꝛc. nach **Christiania** [Norwegen], (Optiker J. C. Krohn);

von Polirern nach **Gablenz** (Riemann);

von Reißzeugmachern nach **Nürnberg** (Eckert & Sohn) D.;

von Schlossern nach **Hannover** (Straßenbahnwerkst.) Str.;

von Schlossern u. Schmieden nach **Ihehoe** (W. Wessel) R.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **welche überhaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Kritisches zur Arbeitslosenunterstützung.

u. Die in Nr. 48 des vorigen Jahrganges aufgestellten Berechnungen des Vorstandes betreffs der Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung haben von verschiedenen Seiten Anfechtungen erfahren die im Interesse der allseitigen Aufklärung nicht ununtersucht und unerwidert bleiben dürfen. Insoweit die kritischen Einwände sich gegen die Arbeitslosenunterstützung selbst richteten, hat sie der Vorstand bereits zurückgewiesen. Dagegen scheint es geboten, die rechnerischen Grundlagen nochmals eingehend zu prüfen, damit nicht gewichtige Bedenken noch in letzter Minute geltend gemacht werden können, deren Klarstellung dann wegen der Kürze der Zeit nicht mehr möglich wäre.

Eine der Hauptgrundlagen, auf die der Vorstand seine Berechnungen stützt, ist das Material der zwei amtlichen Arbeitslosenzählungen im Deutschen Reich vom Jahre 1895. Gen. Dejung hat nun in Nr. 2 d. Jg. die Verwerthbarkeit dieser Statistik mit einigen geringschätzigen Bemerkungen bestritten und dafür lokale Arbeitslosigkeitsstatistiken empfohlen. Hätte er lediglich zu vorsichtiger Prüfung und Benutzung der amtlichen Ergebnisse gemahnt und vor allzu knappen Kalkulationen auf dieser nicht unbedingt sicheren Basis gewarnt, so konnte ihm Niemand Unrecht geben; denn keine Statistik ist absolut zuverlässig; sonst gäbe es kein Risiko und jedes Unternehmen wäre ein einfaches Rechenexempel. Absolut sicher ist auch die 1895er Reichszählung nicht; der Umstand, daß sie nur ein Tagesbild der Arbeitslosigkeit bietet, drückt ihren Werth erheblich herab. Dies wird aber durch die Wiederholung der Zählung im Winter zum Theil wieder ausgeglichen, da wir damit die sommerliche Arbeitslosigkeit mit der winterlichen vergleichen und aus dem Durchschnitt beider einen mittleren Arbeitslosigkeitsstand berechnen können.

Man mag einwenden, daß der 14. Juni und der 2. Dez. nicht für alle oder auch nur für wenige Berufe den Tief- und Gipfelpunkt der Arbeitslosigkeit bezeichnen, was ich nicht bestreiten will. Berücksichtigt man jedoch, daß es sich darum handelt, für ca. 30 Industrieberufe, die sich wieder in ca. 60 verschiedene Branchen theilen, einen Durchschnitt zu gewinnen, obwohl es für dieselben keine einheitlich und zeitlich übereinstimmenden Schwankungen gibt, so würde jeder andere Termin den gleichen Zweifeln begegnen können. Aber dies fällt hier um so weniger ins Gewicht, als gerade die Verschiedenheit der Schwankungen als Ausgleichsfaktor in Rechnung gezogen werden kann. Die stärksten Berufe der Metall- und Maschinenindustrie sind die Schlosserei, Maschinenbranche, Eisengießerei und Klempnerei. Die Schlosserei und Klempnerei sind hauptsächlich Bauberufe; ihre Prosperität fällt in die Monate Juli bis Oktober, ihr Tiefstand in Januar und Februar. Hier steht der Junitermin über dem Tiefstand, der Dezembertermin unter dem Höchststand der Arbeitslosigkeit. Die Maschinenbranche hat in der Regel keine Jahressaisons oder doch nur ganz geringe Unterschiede, ebensowenig die Eisengießerei; ihre Sommer- und Winterzahlen sind nahezu gleich. Erwägt man, daß diese Berufe nahezu zwei Drittel der gesammten Arbeiter der Metall- und Maschinenindustrie umfassen und daß gerade ihretwegen keine abschreckenden Bedenken gegen die Verwerthung des Reichszählungsmaterials vorliegen, so kann man sich wegen der übrigen Berufe gewiß beruhigen, daß sie das Resultat nur unerheblich alteriren werden.

Aber Genosse Dejung bezweifelt gar nicht einmal diesen Mangel der Statistik, sondern er glaubt durch den Hinweis auf die Arbeitlosen in den Herbergen, wegen deren sich die Herbergsväter keine Mühe gemacht hätten, das ganze Zahlenwerk über den Haufen blasen zu können. Ich weiß nicht, wie sich Gen. Dejung eine solche amtliche Zählung vorstellt; die in Preußen-Deutschland geübte strenge Herbergskontrolle, die gerade an diesem Tage wegen der Arbeitslosenzählung besonders geschärft war, wird sicher nicht viele übergangen haben. Und wenn wirklich am Sommertermin manche Arbeitslose im Freien nächtigten (es dürfte fraglich sein, ob solche Naturschwärmer wirklich als Arbeitsuchende ernstlich in Betracht kommen), so wird mindestens die Winterzählung in dieser Hinsicht die größte Zuverlässigkeit beanspruchen können, denn hier wurden alle Arbeitslosen, die von Nachts 12 bis Nachts 12 Uhr auf irgend einer Herberge waren, gezählt, und die Zählung ist umso genauer, als sie diesmal mit der regelmäßigen Volkszählung verbunden war, die allgemein als zuverlässig gilt. Dagegen ist amtlich festgestellt, daß die Ergebnisse als Maximalzahlen zu behandeln sind, da viele Personen sich als arbeitslos bezeichnet haben, auf die dies Prädikat nicht anwendbar ist. Man sieht daraus, auf wie schwachen Füßen der Einwand des Gen. Dejung steht; hätte er sich näher mit diesem Zählungswerk beschäftigt, so würde er eher auf andere Mängel desselben und seiner Verwendung, als auf diese angebliche Lücke hingewiesen haben.

Indeß wollen wir zu Nutz und Frommen aller Derjenigen, die in dem Zahlenmaterial des Vorstandes eine allzugünstige Herausrechnung erblicken, einmal lediglich die weit zuverlässigeren Ergebnisse der Winterzählung vom 2. Dezember 1895 als Durchschnitt der Arbeitslosigkeit annehmen und darnach die Chancen für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung berechnen. Wir scheiden von der Gruppe: Metallindustrie die Edelmetallberufe, Kupferschmiede und Grobschmiede, aus der Gruppe: Maschinenindustrie die Mühlenbauer, Stellmacher und Wagenbauanstalten, sowie Pianoforte- und Orgelbauer aus, da deren Berufsangehörige zumeist den Verbänden der Goldarbeiter, Kupferschmiede, Schmiede und Holzarbeiter näher stehen. Es bleiben somit 21 Berufsgruppen der Metallindustrie und 9 Gruppen der Maschinenindustrie übrig, die ohne Angestellte, Hausindustrielle und mitarbeitende Familienangehörige 499 480 (Metall-Ind.) und 194 238 (Masch.-Ind.) männliche Arbeiter aufweisen.

Im Gegensatz zu den Berechnungen des Vorstandes scheiden wir aus diesen Arbeiterzahlen die Lehrlinge aus, wodurch sich das Ergebniß zwar ungünstiger, aber jedenfalls wahrheitsgemäßer gestaltet, da Lehrlinge nicht arbeitslos werden und somit bei der prozentualen Berechnung der Arbeitslosigkeit außer Betracht bleiben müssen. Die Lehrlingszahlen haben wir aus den Feststellungen der Betriebszählung nach den dort ermittelten Prozentzahlen für jeden einzelnen der 30 Berufe berechnet und in Abzug gebracht. Der Durchschnittsantheil der Lehrlinge beläuft sich für die Metallindustrie auf 31,5%, für die Maschinen Industrie auf 13%, für beide auf 26,3%, wonach an Gesellen und Arbeitern übrig bleiben: V. Gruppe Metallindustrie 342 190 Arbeiter; VI. Gruppe, Maschinen-Industrie 169 112 Arbeiter; zusammen 511 302 männliche Arbeiter. Die Zahl der weiblichen Arbeiter beträgt in Gruppe V abzüglich der Lehrlinge (0,5%) 21 072, in Gruppe VI (excl. 0,7% Lehrl.) 9102 Arbeiter. Es sind sonach beschäftigt (ausschließlich der Angestellten, Hausindustriellen, Angehörigen und Lehrlingen):

Gruppe		männl. Arb.	weibl. Arb.
V	(ausschl. 20, 21, 22, 37)	342 190	21 070
VI	„ 46, 47, 48, 53)	169 112	9 102
	Zusammen	511 302	30 172

Davon waren am 2. Dez. 1895 gesunde Arbeitslose:

Gruppe	männl. Arb.	weibl. Arb.
V	11 818 = 3,45%	164 = 0,78%
VI	4 410 = 2,61%	106 = 1,16%
Zusammen	16 228 = 3,17%	270 = 0,89%
Berechnung des Vorstandes:	2,07%	0,95%

Lassen wir nun die weiblichen Arbeitslosen wegen ihrer relativen Geringfügigkeit außer weiterem Betracht, so wäre somit 3,17% diejenige Rate des Risikos, mit der die Metallberufe und selbstverständlich auch der Metallarbeiter-Verband rechnen müßten. Hier freilich trennen sich die Wege zur weiteren Ermittlung der Kosten der Arbeitslosen-Unterstützung. Der Vorstand verläßt in seinen Berechnungen die von ihm ermittelte Durchschnittsrate der Arbeitslosigkeit und baut seine weiteren Feststellungen auf die amtlichen Zahlen über die Dauer der Arbeitslosigkeit. Die amtlichen Dauerzahlen sind nur der Ausdruck der Arbeitslosigkeit eines Tages während wir in dem Prozentsatz (3,17) den Durchschnitt der ständigen Arbeitslosigkeit vor uns haben. Wenn wir annehmen, daß die Arbeitslosigkeit des 2. Dezember 1895 im Mittel gleich der jedes anderen Jahrestages sei, so müssen wir diese Höhe der Arbeitslosigkeit auch in Permanenz erklären und annehmen, daß Jahr aus, Jahr ein 3,17% der Mitglieder ständig außer Arbeit sind. Hierin hat Gen. Vorhölzer zweifellos Recht, wenn er in No. 6 auf diese Konsequenz hinweist.

Aber darin irrt Genosse Vorhölzer gewaltig, wenn er annimmt, daß der Verband auch die gesammte Arbeitslosigkeit dieses ständigen Prozentsatzes zu unterstützen habe.

Davon kann keine Rede sein, denn für die Unterstützung sind verschiedene Beschränkungen vorgesehen, über deren Wirkung man sich Klarheit verschaffen muß. Zunächst gestattet Genosse Vorhölzer großmüthig einen Abzug von 12%, der die weniger als 7 Tage Arbeitslosen betreffen soll; er zieht also von seinen 1300 ständig Arbeitslosen 156 ab, die blos 7 Tage arbeitslos seien und rechnet nun mit den 1144 ständig Arbeitslosen „munter weiter", ohne zu merken, daß er den Fehler macht, den er dem Vorstand so gewaltig verübelt. Denn wenn 1300 Man ständig arbeitslos sind, so kann man doch nicht auf einmal annehmen, daß 12% nur sieben Tage arbeitslos seien. Dieser Fehler ist doch sonnenklar.

Andererseits haben weder Dejung noch Vorhölzer etwas dagegen einzuwenden, daß der Vorstand keinerlei Ausscheidung der Nicht-Ansässigen vornahm, trotzdem der Verband für dieselben Reiseunterstützung bezahlt und auch in Zukunft bezahlen wird. Zum Mindesten müßte dann das ganze Budget der Reiseunterstützung erspart werden, das 1894: 66 643 Mk., 1895: 49 092 Mk., 1896: 23 473 Mk. und 1897: 21 965 Mk., im Durchschnitt dieser Jahre 40 268 Mk. pro Jahr betrug. Aber die Reiseunterstützung ist bedeutend billiger, als die örtliche Arbeitslosen-Unterstützung. Die letztere berechnet der Vorstand im 5jährigen Durchschnitt auf 3,40 Mk. jährlich, während die erstere dem Verband nur 0,96 Mk. im Durchschnitt der Jahre 1894/97 kostete. Es wäre unangebrachte Nachsicht, diesen bedeutenden Faktor zur Entlastung des Arbeitslosen-Budgets als quantité negligeable zu behandeln. Freilich sind wir bezüglich der Feststellung des Verhältnisses zwischen ansässiger und unansässiger Arbeitslosigkeit nur auf Schätzungen angewiesen, da die Verhältnißzahlen anderer Berufe zu stark von einander differiren und auch für die Metallarbeiter nicht maßgeblich sind. Rechnet man, daß die örtliche Arbeitslosigkeit noch einmal so umfangreich sei als die unansässige, so würde die erstere zwei Drittel, die letztere ein Drittel umfassen. Infolge Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung kann sich dieses Verhältniß aber zu Ungunsten der ersteren verschieben, sodaß wir weiter gehen und für die Zukunft eine dreifach höhere örtliche Arbeitslosigkeit in Betracht ziehen müssen. Von der Gesammtarbeitslosigkeit ist also ein Viertel, als auf Reisende entfallend, auszuscheiden. Die Gesammt-Arbeitslosigkeit beträgt bei 60000 Mitgliedern 3,17 × 600 × 313 Tage = 595 326 Tage, abzüglich 25% (148 831½ Tage) Arbeitslosigkeit auf der Reise, bleiben 446 495 Tage örtlicher Arbeitslosigkeit.

Nun kommen die Wirkungen der Karrenzen und Beschränkungen in Betracht. Da sind vor Allem zum Bezug von Unterstützung nicht berechtigt: 1. Mitglieder mit 7 und weniger Tagen Arbeitslosigkeit; 2. Mitglieder, die dem Verband noch nicht 1 Jahr angehören; 3. Mitglieder, die im verflossenen Jahre bereits die Höchstgrenze an Unterstützung (Reise- und Arbeitslosigkeits-Unterstützung) bezogen haben. Sodann bleiben bei allen länger als 7 Tage Arbeitslosen die ersten 7 Tage, bezw. 6 Unterstützungstage außer Berechnung. Weiter fällt die länger als 49tägige Arbeitslosigkeit für die Unterstützung außer Betracht.

Zunächst die Nichtbezugsberechtigung. Im Jahre 1896 traten dem Verbande bei ca. 50000 Mitglieder-Bestand 37 620 bei und 20 435 schieden wieder aus; Zuwachs 16 765 Mitglieder = 33⅓%. 1897 traten 45 255 bei und schieden 41 644 aus; absolute Zunahme 3611 = 6%. Nun sind aber unter den Ausgetretenen erfahrungsgemäß auch zahlreiche ältere Mitglieder, die wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Im Jahre 1897 muß das ganz besonders der Fall gewesen sein, denn sonst wäre die geringe Zunahme garnicht zu verstehen. Hat sich im 5jährigen Durchschnitt die Zahl der Mitglieder absolut um 20% vermehrt, so muß in Rücksicht auf ausgetretene ältere Mitglieder die Zahl der neuen noch größer sein. In gesunder Entwicklung wird man annehmen können, daß der Abgang an alten Mitgliedern jährlich 10% nicht übersteigt und daß dem Verband jährlich mindestens 30% neue bleibende Mitglieder zugeführt werden. (Bei 60000 Mitglieder ein Abgang von 6000 und ein Neueintritt von 18000, also Zuwachs 12000.) Ist jetzt die Zahl der Neueintretenden mehr als doppelt so groß, so wird die Arbeitslosenunterstützung zu stabileren Verhältnissen führen. Nach unserer Schätzung sind also 30% der Mitglieder in jedem Jahre nicht bezugsberechtigt, da sie noch nicht 1 Jahr lang Mitglied sind; 30% der Arbeitslosigkeit kommen somit außer Betracht.

Nicht bezugsberechtigt sind ferner die bis zu 7 Tage Arbeitslosen. Nach der Reichs-Arbeitslosenzählung waren am 2. Dez 1895 von den 16228 Metall- und Maschinenarbeitern arbeitslos: seit 7 Tagen 2210 = 13,6%, 8—14 Tage 3886 = 23 9%, 15—28 Tage 2589 = 16%, 29—90 Tage 4349 = 26,8%, 91 und mehr Tage 2069 = 12,7%, unbestimmt 1125 = 7%. Nehmen wir diese Verhältnißsätze als maßgeblich auch für die Dauerabstufungen unter der Gesammtarbeitslosigkeit an, so darf man jedoch nicht für die bis zu 7 Tage Arbeitslosen 13,6% in Abzug bringen, weil die kürzeste Arbeitslosigkeit weit geringer wiegt, als die längere. Um deren prozentualen Einfluß zu ermitteln, müssen wir zunächst feststellen, wie hoch sich die Gesammtarbeitslosigkeit jeder einzelnen Dauer-Gruppe beläuft. Die Ergebnisse geben folgende Uebersicht wieder:

	Arbeiter	%		Tage		% d. ges. Arbeitslosigk.
bis 7 Tage:	2210	(13,6)	2210 ×	durchschn. 3 =	6630 =	0,87
von 8-14 „	3886	(23,9)	3886 ×	„ 9 =	34974 =	4,49
„ 15-28 „	2589	(16,0)	2589 ×	„ 18 =	46602 =	6,09
„ 29-49 „	2249	(13,8)	2249 ×	„ 34 =	76466 =	9,87
„ 50-90 „	2100	(13,0)	2100 ×	„ 60 =	126000 =	15,60
über 90 „	2069	(12,7)	2069 ×	„ 156 =	322764 =	40,68
unbestimmt:	1125	(7,0)	1125 ×	„ 156 =	175500 =	22,49
zusammen	16228				788936 =	100

Wir haben hier die Sonntage ausgeschieden und von den verbleibenden arbeitslosen Wochentagen den Durchschnitt gezogen. Gleichfalls haben wir die Gruppe 29—90 Tage in zwei (29—49 und 50—90 Tage) zerlegt, um dadurch einen Einblick in die die Höchstgrenze der Unterstützung übersteigende Arbeitslosigkeit zu erhalten. Die unbestimmte Dauer haben auch wir der länger als 90tägigen gleichgestellt und deren Durchschnitt auf 26 Wochen = 156 Arbeitstage angenommen, was zwar sehr hoch ist, aber dem Grundsatz entspricht, im Zweifelsfalle lieber ungünstiger zu kalkuliren.

Statt der 13,6% bewirkt also die Gruppe bis zu 7 Tagen nur eine Entlastung des Arbeitslosigkeits-Budgets um 0,87%; man sieht, wie stark sich Kollege Vorhölzer verrechnen konnte.

Größer dagegen ist die Entlastung durch die Nichtbezugsberechtigung der Ausgesteuerten im folgenden Jahre. Nach obiger Tabelle betrifft dies sämmtliche über 49 Tage Arbeitslosen, also 32,7%, sowie einen Bruchtheil der 29—49 Tage Arbeitslosen, sagen wir zusammen 33⅓% aller Arbeitslosen = 1,06% der Mitglieder, wenn die Arbeitslosen nur 3,17% der Mitglieder umfaßten. Da die wirkliche Arbeitslosenzahl mit der rechnerischen Zahl „ständiger" Arbeitslosen nicht zu verwechseln ist, sondern weit höher ist, so ist also auch der Prozentsatz ausgesteuertrer Mitglieder weit größer, wozu auch noch die bei der Reiseunterstützung Ausgesteuerten hinzukommen. Im Minimum wird man 5% ausgesteuerter Mitglieder alljährlich rechnen müssen, die im folgenden Jahre keine Unterstützung beziehen. Wir hätten somit bis jetzt eine Entlastung der örtlichen Arbeitslosigkeit um 30 und 0,87 und 5% = 35,87%, soweit es sich um Nichtunterstützungsberechtigte handelt.

Nun bleibt zu untersuchen, wie stark die weiteren Beschränkungen den Stand der Arbeitslosigkeit beeinflussen. Wenn während der ersten 7 Tage bezw. 6 Wochentage keine Unterstützung gezahlt wird und die Höchstgrenze der Unterstützung nur 42 Mk. im Jahre beträgt, so beträgt die Entlastung bei obigen Dauergruppen:

Gruppe:		Tage		Tage		Unterst.-Tage	also minus %
8-14	Tage	voll durchschn. 9	nur	3 = 3886 ×	3 =	11658	66,6
15-28	„	„ 18	„	12 = 2589 ×	12 =	31068	33,4
29-49	„	„ 34	„	28 = 2249 ×	28 =	62972	17,7
50-90	„	„ 60	„	42 = 2100 ×	42 =	88200	30,0
über 90	„	„ 156	„	42 = 2069 ×	42 =	86898	73,1
unbest.:	„	„ 156	„	42 = 1125 ×	42 =	47250	73,1
				zusammen an	16228 Arbeitslosen	328046	58,42

Indem wir also die ersten 6 arbeitslosen Wochentage ausschließen und alle Arbeitslosigkeit über 49 Tage außer Frage lassen, bleiben von je 100 Arbeitslosigkeitstagen nur 41,58 Unterstützungstage übrig; 58,42% der Arbeitslosigkeitstage bleiben in Folge der Beschränkungen ohne Unterstützung. Dies mag Manchem hart erscheinen, aber man muß bedenken, daß es einerseits die allerleichteste Arbeitslosigkeit, die ersten 7 Tage trifft, andererseits für die längere Arbeitslosigkeit eine Unterstützungsgrenze bestehen muß, wenn die Organisation nicht zu Gunsten einiger dauernd Arbeitslosen weißbluten soll.

Von der gesammten Arbeitlosigkeit am Orte von 446495 Tagen sind also zunächst in Abzug zu bringen: 30% Arbeitslosigkeit für Mitglieder, die noch nicht ein Jahr organisirt sind; 0,89% von Mitgl., die nur bis zu 7 Tagen arbeitslos sind; 5% von Ausgesteuerten, die das folgende Jahr nichts beziehen: zusammen 35,89% = 159948 Tage, wonach verbleiben 286,547 arbeitslose Tage von unterstützungsberechtigten Mitgliedern. Von deren Gesammtarbeitslosigkeit werden aber 41,58% unterstützt, es wäre sonach eine Entlastung von 58,42% = 167,401 Tage zu verzeichnen, und es bleiben als Endergebniß übrig 119,146 Unterstützungstage bei einem Risiko von 3,17% ständiger Arbeitslosigkeit.

Nun kann man rechnen: bei 4% ständig wären dies 150,340 Unterstützungstage, bei 6% ständig 225,510 Unterstützungstage. Es liegt aber gar kein Grund vor, über die 3,17% ständiger Arbeitslosigkeit weit hinauszugreifen, da dies die winterliche Arbeitslosigkeit eines mittleren Jahres, ja, eines theilweise noch ungünstigen Jahres darstellt. Indeß angenommen, in ungünstigen Jahren stiege die Arbeitslosigkeit selbst bis 5 oder 6%, so wären trotzdem nur 175,425, bezw. 225,510 Unterstützungstage zu verrechnen, wobei also die jährliche Mehreinnahme von 240000 Mk. (60000 Mitglieder à 40 Wochen à 10 Pfg.) noch nicht aufgebraucht wird.

Mit den Steigerungssätzen des Vorstandes würden sich bei 4% Arbeitslosigkeit Einnahmen und Ausgaben in glatter Rechnung folgendermaßen gegenüberstehen:

	Einnahme: Mk.	Ausgabe: Mk.	Mk.
1. Jahr	240000,	—	
2. „	240000,	150340	(à Woche 6,—)
3. „	240000,	175397	(„ „ 7,—)
4. „	240000,	200453	(„ „ 8,—)
5. „	240000,	225510	(„ „ 9,—)
6. „	240000,	250567	(„ „ 10,—)
Zusammen:	1440000,	1004267	

Nun sind aber in den späteren Jahren nicht alle Arbeitslosen bis zu 7, 8, 9 und 10 Mk., sondern Viele zu den niedrigeren Sätzen bezugsberechtigt. Der Fall, daß alle Arbeitslosen im 6. Jahre bis zu 10 Mk. pro Woche beziehen, liegt gar nicht im Bereich der Wirklichkeit, so daß die Ausgaben also eher noch niedriger sind.

Rechnet man noch dazu 5% Verwaltungskosten (die 2% des Vorstandes sind sicher zu niedrig), also 72000 Mk., so stehen am Ende der ersten 6 Jahre den 1440000 Mk. Einnahme eine Ausgabe von 1076267 Mk. (bei 4% Arbeitslosigkeit!) gegenüber und es verbleibt ein Fond von **363733 Mk.** (pro Jahr im Durchschnitt 60622 Mk.) zur Verfügung, der für die schlimmsten Arbeitslosigkeitsjahre aufbewahrt oder für Kampfeszwecke, Organisation des Arbeitsnachweises 2c. verwendet werden kann.

Kollege Vorhölzer mag sich also beruhigen: die Arbeitslosenunterstützung ist bei 10 Pf. Mehrbeitrag durchführbar und von Defizit kann keine Rede sein! Auch 18%ige Arbeitslosigkeit ist in keinem der Metallberufe festgestellt. Die höchste Arbeitslosigkeit wiesen am 2. Dez. 1895 auf: Schlosserei 5,5%, Klempnerei 4,5% und Uhrmacherei 3,2%. Da die ersteren Gruppen im Verband nicht stärker, sondern eher schwächer vertreten sind, als in der Berufsstatistik, so ist zu besonderen Besorgnissen kein Anlaß vorhanden.

Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung.

Von Fritz Ehrler-Frankfurt a. M.

II.

An anderer Stelle wird für die Arbeitslosenunterstützung plaidirt, indem man sagt, das Unterstützungswesen sei nur ein Mittel zum Zweck, das gebraucht werden müsse, um den Arbeiter wehrfähig zu erhalten im Klassenkampf ergo sei die Arbeitslosenunterstützung ein Kampfmittel.

Wir wollen dieser Frage doch auch näher treten. Also, ein Mittel zum Zweck! Sehr schön gesagt. Wäre dieser Terminus nicht schon von klügeren Leuten erfunden worden, so könnten sich die Befürworter der Arbeitslosenunterstützung ein Patent darauf geben lassen. Ein schönes Mittel, das die Allgemeinheit bluten läßt für die Opfer privatkapitalistischer Willkür. Was ist denn die Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaften anderes als eine Prämie für den Unternehmer, der in brutaler Willkür die Arbeiterknochen ausbeutet und sich der ausgesogenen Proletarier entledigt, wenn er nicht mehr den nöthigen Gewinn aus ihnen ziehen kann? Eine Prämie, die um so größer ist, je rücksichtsloser und brutaler die Waare Arbeitskraft behandelt wird.

Aber, wird man sagen, sollen die Gewerkschaften zusehen, mit verschränkten Armen zusehen, wie der Arbeiter immer mehr degenerirt wird? Wie er, vom Hunger gezwungen, zum Lohndrücker, zum Streikbrecher wird, wie er auf die Landstraße getrieben, ein schätzenswerthes Jagdobjekt für unsere Landgendarmen bildet, wie er gezwungen wird, Armenunterstützung von der Gemeinde zu nehmen und dann seine politischen Rechte verliert, wie er Arbeitshäuser und Gefängnisse bevölkert und schließlich zum Verbrechen getrieben wird?

Nein, das sollen wir nicht, das werden wir nicht und haben wir nicht gethan! — Ja, es ist wahr, Opfer, unermeßliche Opfer fordert das Kapital! Die wirthschaftliche Revolution unseres Jahrhunderts hat schon mehr Opfer gefordert, als je eine blutige Revolution, die in der Geschichte aufgezeichnet ist. Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern fallen dem modernen Industrialismus zum Opfer, werden gerädert, zerrissen, zerquetscht, vergiftet, Tausend und Abertausend von Familienvätern, Frauen, Söhnen und Töchtern vegetiren als Krüppel, nur ein halbes Leben führend, Millionen sind verhungert und erfroren, langsam an Entkräftung gestorben, dieweil alle Magazine voll sind und die Geschäftsleute ihre Waare nicht absetzen können, Tausend und Abertausend schmachten im Gefängniß und Zuchthaus, Tausend und Abertausend laufen auf der Straße herum, tüchtige, brauchbare Arbeitskräfte, willig und bereit zum Arbeiten, müssen sie ihren Unterhalt betteln, neues Futter für unsere Gefängnisse.

Edel ist es, hier Mitleid zu zeigen, die Menschlichkeit erheischt es, hier einzugreifen und dem Verderben seine Opfer zu entreißen, Menschenpflicht ist es, das Unglück der Menschheit zu bannen. Aber thöricht wäre es, das Herz mit dem Verstand durchgehen zu lassen, dem Mitleid nachzugeben zum eigenen Verderben. Anderen zu helfen, indem man seine eigene Kraft opfert, heißt man ein Verbrechen an sich selbst begehen.

Wenn wir das Elend der Arbeitslosigkeit lindern wollen dürfen wir das nicht auf Kosten der Organisation thun, weil wir uns dadurch nicht stärken, wenn wir unsere Kraft vertheilen. Die für Unterstützung von Arbeitslosen ausgegebenen Gelder kommen in erster Linie nicht uns, sondern dem Kapital zu gut, weil sie zur Erhaltung einer Reservearmee, die die moderne Industrie braucht, aufgewendet werden. Sind wir Arbeiter nicht so wie so immer diejenigen, auf deren Schultern alle Lasten abgewälzt werden? Sollen wir wirklich die Esel groß genug sein, uns selbst eine Last aufzuladen, die von Rechtens in erster Linie von denen getragen werden müßte, die den Gewinn aus der Reservearmee haben? Wer ist es denn, der verantwortlich ist für all das Elend und den Jammer, der durch die Arbeitslosigkeit in die Welt gebracht wird? Sind es die Proletarier, die ihre Groschen zusammentragen, um sich das zu erkämpfen, was ihr Recht ist, die Familie und Existenz aufs Spiel setzen, die von Land zu Land gehetzt werden, die mit dem Zuchthaus bedroht werden, weil sie kämpfen, kämpfen, kämpfen um ihr Recht, um ein menschenwürdiges Dasein für sich und ihre Arbeitsbrüder? Nein, das Kapital ist es, das Unternehmerthum, das die Reservearmee so nöthig hat wie der Mensch das Brod zum Essen. Die herrschende Klasse ist es, die zerlumpte und zu allem zu gebrauchende Individuen nöthig hat, die nöthig hat ein Lumpenproletariat zum Hurrahschreien und zur Vernichtung derer, die sich nicht bedingungslos unter die Knute des Gottes Kapital beugen. Und eben deswegen ist es ja freilich richtig, daß diese Gesellschaft niemals freiwillig bereit sein wird, diesen Krebsschaden am Gesellschaftskörper zu beseitigen, daß man von dieser Gesellschaft niemals eine zufriedenstellende Lösung der Frage erwarten darf. Auch die gesetzliche Lösung dieser Frage würde wohl kaum unseren Anforderungen genügen, sintemalen die Stumm noch immer am Scharfmachen sind und Dr. Lieber sich immer „lieber" macht. Auch hier würden die Kosten auf die „Allgemeinheit" übertragen, was aus dem Miquel'schen Reichsdeutsch übersetzt soviel heißt als „dem Karrengaul Proletarier" wirds aufgeladen. —

Gerade deswegen, wird man sagen, müssen wir die Frage aufnehmen. Wir müssen der Verelendung steuern, wir müssen unsere Mitglieder kampffähig erhalten, wir dürfen es nicht in die Hände, in die Willkür des Fabrikanten legen, unsere Mitglieder brodlos zu machen dadurch, daß er sie einfach aufs Pflaster wirft!

Gut, zugegeben! Aber diesen Zweck durch Unterstützung einzelner Opfer zu erreichen zu suchen, hieße das Pferd beim Schwanz aufzäumen. Ebensowenig wie man das Handwerk vor dem Untergang retten kann, so viel man daran herumdoktert, weil dessen Untergang (bis auf wenige Trümmer) eben in der Entwicklung des privatkapitalistischen Gesellschaftskörpers begründet ist; ebensowenig wie man die Wunden und den Verfall eines aus Kontrasten bestehenden Gesellschaftskörpers heilen und hindern kann, weil dessen Entwicklung den Keim einer neuen Welt zum Treiben bringt, so daß er endlich die Hülle sprengen muß, ebensowenig läßt sich das Anwachsen der Reservearmee verhindern, weil dieselbe ebenfalls in der Entwicklung unseres kapitalistischen Zeitalters begründet ist. Ein moderner Kapitalismus ohne Reservearmee ist undenkbar. Wollen wir das gesellschaftliche Elend, das diese Reservearmee mit sich bringt, lindern mit den Groschen der organisirten Arbeiter, so bringen wir ein Opfer auf dem Altar des Gottes Mammon und machen den Reigen mit um das goldene Kalb. Wir vertheilen das ohnehin viel zu karg bemessene Einkommen der in Arbeit stehenden Kollegen auf die nichterzeugenden Glieder der Gesellschaft und verringern damit das Durchschnittseinkommen der gesammten schaffenden, erzeugenden Klasse.

Die planlose, anarchistische Produktionsweise der heutigen Zeit bedingt regellose wirthschaftliche Verhältnisse. Von einer Stabilität solcher kann heute nicht gesprochen werden. Heute eine industrielle Hochfluth, morgen tiefe Ebbe. Diese wirthschaftliche Unsicherheit hat auch ein beständiges Fallen und Steigen des Werthes der Waare Arbeitskraft im Gefolge. Dieses Fallen und Steigen nun macht sich in der Organisation sofort bemerkbar. Eminent fühlbarer würde es sich aber machen, wenn die Allgemeinheit der Organisation die Opfer solcher Krisen zu erhalten hätte. Mit anderen Worten: „Die Kosten der Arbeitslosenunterstützung sind für eine Gewerkschaft dann am größten, wenn ihr Einkommen am kleinsten ist."

Wir wollen eine Besserstellung der arbeitenden Klasse. Mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung verschlechtern wir dieselbe. Um dasselbe was wir Unterstützung bezahlen verschlechtert sich das Gesammteinkommen. Das ist ja das Kunststückchen der herrschenden Klasse, daß sie ihre nicht erwerbsthätigen Glieder von dem Einkommen der schaffenden Elemente erhält. Die kranken Glieder der Gesellschaft, soweit sie Arbeiter sind, müssen von der Allgemeinheit der Arbeiter erhalten werden. Das Einkommen dieser müßte um soviel größer sein, als sämmtliche Kassen Geld haben (abgerechnet das Drittel, das die Unternehmer bezahlen, das aber größtentheils für Verwaltungskosten aufgeht), wären die Kosten nicht auf den Arbeiter abgewälzt. So ist es mit der Alters- und Invalidenversicherung, so ist es mit den anderen Steuern, so ist es auch mit der Arbeitslosenunterstützung, mag sie der Staat oder eine andere Korporation einführen.

Dazu kommt, daß Entdeckungen und Erfindungen, Untergang und Auflösung des Kleinhandwerks und Mittelstandes immer mehr Arbeitslose schaffen, daß die männliche Arbeitskraft immer entbehrlicher wird, daß Frauen und Kinder dieselbe ersetzen.

Die Arbeitslosenunterstützung soll ein Kampfmittel sein; das Gegentheil ist der Fall. Sie hemmt uns in unserem Kampfe. Das frisch pulsirende Leben in unserem Verbande würde, ja müßte logischer Weise einer schleichenden Krankheit Platz machen, einer Krankheit, für die ein Name zu finden schwer ist, die aber in allen Arbeitslosenunterstützung bezahlenden Gewerkschaften mehr oder weniger Platz gegriffen hat, die sich um so mehr fühlbar macht, je mehr Jahre darüber hinweg gingen. — Der Wechsel an Verbandsbeamten, der ja in vielfacher Beziehung zu beklagen sein mag, der aber wesentlich dazu beiträgt, durch stete Verjüngung und Neueinschaltung frischer Kräfte die Jugendfrische des Verbandes zu erhalten, er müßte in allererster Linie aufhören. Es ist ja leider eine nur zu bekannte Thatsache, daß Bureau- und Verwaltungsarbeit im Laufe der Jahre die damit Betrauten mehr oder weniger verknöchert, die Energie, das frische Geistesleben, die Fähigkeit, wichtige Momente sofort zu erfassen und auszunutzen, allmählig abstirbt und mehr oder weniger einer mechanischen Behandlung der Geschäfte Platz macht. Wir haben ja hundertfach im Partei- und Gewerkschaftsleben die Erfahrung machen müssen, daß bei den tüchtigsten Agitatoren und Organisatoren die Fühlung mit der Allgemeinheit und die Thatkraft mehr abnimmt, je länger sie an den Bureautisch gefesselt werden.

Und haben wir denn so viele Kräfte, daß wir Ursache haben, uns noch mehr Arbeit auf den Hals zu binden? Die Spanne freie Zeit, die dem Fabrikproletar gegönnt ist, um für seine Organisation thätig zu sein, kann man die noch mehr verkürzen, ohne der Agitation Schaden zuzufügen? Ich sage nein, nein und nochmals nein! Schon viel zu viel Zeit verlangt die Erledigung der Verbandsgeschäfte, viel zu wenig Zeit verbleibt für die Agitation und den Kampf. Dieselbe Zeit, dieselben Kräfte, dieselben Gelder, die für die Unterstützung verwendet werden, verlieren wir für die nothwendigsten Aufgaben einer Klassenorganisation, für den Kampf. Und was erreichen wir durch solche Opfer an Kraft, Zeit und Geld? Nichts, wenigstens nicht das, was wir erreichen wollen, was unser Ziel, unsere Aufgabe ist als Arbeiterorganisation.

Erreichen wir dadurch eine Besserstellung der Arbeiter? Nein! Einzelnen helfen wir auf Kosten der Gesammtheit. Erreichen wir eine Verringerung der Reservearmee? Nicht im geringsten; vergrößern werden wir sie, wenn wir der Gesellschaft die Last abnehmen, diese Reservearmee, oder wenigstens einen Theil derselben, soweit sie organisirt ist, mit durchzuschleppen, wenn wir der Gesellschaft die Furcht nehmen vor diesen hunderttausenden von mittellosen Existen-

gen, die stets als drohendes Gespenst, als mene tekel am Himmel der privatkapitalistischen Gesellschaft stehen.

Es kann gesagt werden, diese prinzipiellen Einwendungen beruhen ja auch nur auf Voraussetzungen; die ganze Frage sei eine Frage der Taktik und nicht des Prinzipes. — Aber selbst wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, so kann man zu keinem anderen Resultat kommen, als daß wir mit Einführung dieser Institution ein sehr gewagtes Experiment machen, ein Experiment, dessen endgiltige Folge die sein wird, daß wir unserem Gegner Kapital eine Waffe in die Hand geben, deren Schärfe er uns sehr deutlich fühlbar machen kann. Ich werde in meinem nächsten Artikel diesen Punkt eingehend behandeln und für heute nur dahin verweisen, daß unter den heutigen Verhältnissen schon jede Schwankung in dem Wechselspiel der wirthschaftspolitischen Zustände und Ereignisse sich abspiegelt in dem Geld- und Mitgliederstande des Verbandes und daß das umsomehr der Fall sein muß, je mehr wir unser natürliches Abhängigkeitsverhältniß von den wirthschaftlichen Verhältnissen vergrößern dadurch, daß wir, wenn auch ungewollt, den Versuch machen, die Schärfe und Weiterentwicklung dieser Verhältnisse zu mildern, eventuell zu hemmen.

Inwieweit dies der Fall ist durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, davon das nächste Mal.

Zur Klarstellung.

Verschiedentlich wird die vom Vorstand zur Begründung des Antrages auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu Grunde gelegte Berechnung als nicht richtig bezweifelt. Ein Theil der Zweifler erklärt die Verwendung der amtlichen Arbeitslosenzählung überhaupt für nicht zulässig, während der andere Theil auf der Grundlage dieser amtlichen Zählung weiter rechnet und ganz andere Zahlen herausbekommt.

Zunächst muß hier nochmals darauf verwiesen werden, daß der Vorstand nicht die Arbeitslosenzählung an sich, sondern nur die durch sie zu Tage geförderten Zeitdauern der Arbeitslosigkeit seinen Berechnungen zu Grunde gelegt und dabei eher zu ungünstig als zu günstig für die Arbeitslosenunterstützung gerechnet hat, weil er sowohl die Reisenden als auch die Jahr aus Jahr ein Arbeitslosen mit einbezogen hat. Im Uebrigen hat aber der Vorstand auf 1—10 Prozent der Mitglieder die Arbeitslosigkeit übertragen, also Annahmen gemacht, die in den nächsten Jahren nicht zu befürchten sind.

In Nr. 6 meint nun Genosse Vorhölzer, die Rechnung des Vorstandes komme in die Brüche, wenn derselbe so „richtig" wie er (V.) gerechnet hätte. Er geht nämlich dabei von der Ansicht aus, daß die Dauer der einzelnen Arbeitslosigkeit gleichgiltig sei, sondern es genüge, nur die im Jahre in Betracht zu ziehenden Unterstützungstage mit der Zahl der durchschnittlich Arbeitslosen zu multipliziren und man wüßte dann nicht nur „approximativ", sondern genau, was man braucht. Er rechnet nun auch „munter darauf los" und bringt bei 2 Proz. Arbeitslosen im Jahr 347,972 Mark an Unterstützung heraus.

Dies Ergebniß erscheint ihm ungeheuerlich gegenüber den Mehreinnahmen von 65,000 Mitgliedern, die nur 338,000 ℳ betragen.

Ungeheuerlich sind auch mir die Ausgaben vorgekommen und zwar weniger, weil durch sie das Projekt des Vorstandes ein Fiasko bedeutete, sondern weil sie mit einer Gelassenheit niedergeschrieben worden sind, die einzig ist. Was bedeuten denn die 347,972 ℳ? Sie bedeuten gerade ebensoviel Unterstützungstage, und diese auf 65,000 Verbandsmitglieder umgelegt, ergibt auf jedes Verbandsmitglied 5 Unterstützungstage. Ein jedes Verbandsmitglied müßte (da eine Woche Karenzzeit vorgesehen ist) also eine Woche und 5 Tage im Jahre arbeitslos sein. Daß das Vorhölzer selbst glaubt, nehme ich nicht an, ebensowenig nehme ich an, daß Vorhölzer das Anderen glauben machen will, sondern ich meine, daß er sich nicht richtig vergegenwärtigt hat, daß Zahlen etwas und was sie bedeuten.

Wenn also Kollege Vorhölzer nun schon eine solche Rechnung aufstellt, so hätte er auch daran denken sollen, daß zur Durchführung der Unterstützung ein Höchstbetrag pro Jahr bestimmt ist und daß dieser Höchstbetrag 42 ℳ im ersten Jahre beträgt. Er hätte also auf keinen Fall für die 1144 angenommenen Arbeitslosen 313 Unterstützungstage, sondern nur 42 rechnen dürfen, da für den Verband nur soviel Unterstützungstage in Betracht kommen. Hierbei wäre es ihm vollständig überlassen geblieben, nur 2 Prozent oder auch 10 Proz. Arbeitslose anzunehmen; denn mit 10 Proz., also 6500 Arbeitslosen würde er erst 42×6.00 ℳ = 273,000 Mark erhalten und immer noch mit einem erklecklichen Ueberschuß abschließen.

Aber selbst wenn man den Einwand des Kollegen Vorhölzer gelten lassen will, daß heute so und soviel Schulze, in einem Vierteljahr so und soviel Meier u. s. w. arbeitslos sind, so kann man in so bequemer Weise, wie er, die Sache denn doch nicht berechnen. Er kommt nicht über die verschiedenen Dauern der Arbeitslosigkeiten und über die wiederholte Arbeitslosigkeit ein und derselben Person hinweg.

Wenn er annähernd richtig hätte rechnen wollen, so hätte er bedeutend besser gethan, mit einem bestimmten Tage zu beginnen und ungefähr in folgender Weise gerechnet:

An diesem bestimmten Tage meldeten sich als arbeitslos
1300 Schulze, von diesen traten nach einer Woche
12% = 156 in Arbeit, und blieben nach 14 Tagen noch
1144 Schulze mit je 6 ℳ = 6864 ℳ zu unterstützen. Nach Ablauf dieser 14 Tage traten wiederum
22% = 286 Schulze in Arbeit und blieben für die folgenden 14 Tage, also bis zum Ablauf der 4. Woche
858 Schulze mit je 12 ℳ = 10,296 ℳ zu unterstützen. Nach Ablauf der zweiten 14 Tage traten in Arbeit
15% = 195 Schulze und blieben für die weiteren (letzten) 4 Wochen
51% = 663 Schulze mit je 24 ℳ = 15,912 ℳ zu unterstützen.

In gleicher Weise hätte er dann die Unterstützungen für diejenigen ausrechnen müssen, die an Stelle der in Arbeit tretenden Schulze wieder arbeitslos wurden u. s. f.

Das Endergebniß seiner Rechnung wäre dann gewesen für die ersten 8 Wochen:

Zahl der Arbeitslosen	Dauer der Arbeitslosigkeit in Tagen	Unterstützung pro Kopf in Mark	Unterstützung in Summa Mark
663	56	42	27846
81	49	36	2916
157	42	30	4710
41	35	24	984
453	28	18	8154
44	21	12	528
566	14	6	3396
265	7	—	—
2270 Arbeitslose machten			ℳ 45,534

in einem Zeitraum von 8 Wochen als Aufwendung für Arbeitslosenunterstützung nothwendig. Angenommen, nach Ablauf dieser 8 Wochen kämen die Meier, dann die Müller, so würden im Jahre 6 Gruppen mit gleicher Arbeitslosigkeit abwechseln können. Man erhielte dann 13,620 Arbeitslose, für welche 291,204 ℳ an Arbeitslosenunterstützung aufgewendet worden wären. Das wären bei 65.000 Mitglieder **21 Prozent.** Man vergegenwärtige sich die Bedeutung dieser Zahlen. 21 Prozent heißt: von 100 Mitgliedern wären 21 arbeitslos und darunter mindestens 6 bis zu 8 Wochen.

Die ganze Berechnungsweise des Kollegen Vorhölzer erinnert mich lebhaft an seinen letzten „wuchtigen" Einwurf gegen die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung auf der südbayerischen Konferenz in München: „Wenn alle 65,000 Mitglieder Arbeitslosenunterstützung erheben würden, wäre der Verband bankerott!" lautete sein Kassandraruf.

Ja, wenn! Wenn alle Mitglieder Reisegeld erheben wollten, wenn alle Mitglieder Unterstützung nach § 2c oder Rechtsschutz in Anspruch nehmen wollten, ja wenn auch nur alle streiken wollten — dann ade, ade, ade! Dann ade, ade, ade! u. s. w. — Glücklicher Weise tritt dieser Fall nicht ein und daher sind alle diese Aufgaben durchführbar. Gerade auf dieser Thatsache beruht ja das ganze Versicherungswesen.

In ähnlicher Weise wie Vorhölzer spricht sich auch ein Genosse R. in Velbert aus. Ich betrachte auch dessen Einwendungen durch obige Ausführungen widerlegt und empfehle allen Kollegen, die sich mit derartigen Gegenrechnungen befassen, bei ihren Rechnungen sich auch zu vergegenwärtigen, was die Zahlen bedeuten. Wenn das geschehen würde, dürfte manche Einwendung unterbleiben. So z. B. auch die des Genossen R. in Velbert, daß 2 Prozent der Einnahmen als Verwaltungskosten zu gering angenommen seien. Diese 2 Prozent der Einnahmen stellen 2½ Prozent der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung dar, d. h. mit anderen Worten: die Verabfolgung von je 10 ℳ kostet dem Verband 25 ₰ und je 100 ℳ 2,50 ℳ. — Ob diese Ausgabe zu gering angenommen ist, wird Jeder, der mit derartigen Geschäften zu thun hat, ohne Weiteres beurtheilen können. Der weitere Vorwurf R.'s, daß ich auf der Konferenz in Velbert mich darüber ausgeschwiegen haben soll, ist geradezu lächerlich, weil er offenbar von einem Manne ausgeht, der die Vorgänge auf der Konferenz kennt oder gar Delegirter war.

Im einen wie im andern Falle dürfte ihm bekannt sein, daß ich als Referent nur ½ Stunde Redezeit hatte, die Verwaltungskostenfrage vom Korreferenten angeschnitten wurde und ich es nicht für passend hielt, weil mir als Referent ja voraussichtlich das Schlußwort zustand, mich außer zur Richtigstellung entstellter Thatsachen an der Diskussion zu betheiligen. Er weiß, daß ich mich nur ein Mal in der Diskussion zum Wort gemeldet habe, um eine Aeußerung des Korreferenten über ein Mitglied des Vorstandes richtig zu stellen und unrichtiger Anwendung des vom Vorstand benutzten Zahlenmaterials entgegen zu treten. Er weiß ferner, daß meine Redezeit zu diesen Ausführungen gerade ausreichte und ich mich nur auf das Nothwendigste beschränken mußte, sogar dies nicht einmal Alles anbringen konnte. Er weiß schließlich auch, wie die Diskussion abgebrochen und, ohne daß der Referent und Korreferent zum Schlußwort kamen, namentliche Abstimmung vorgenommen wurde. Wenn er trotzdem behauptet, ich hätte mich um diese Frage herumgedrückt, so thut er dies gegen besseres Wissen und ich überlasse es den Theilnehmern der Konferenz sich über solche Mätzchen ein Urtheil zu bilden. —

Weiter wird von Vorhölzer „Dezentralisation" wegen der ungleichen Belastung der einzelnen Berufsgruppen befürchtet. Während Beruf A bei 10 ₰ Beitrag eine doppelt so große Unterstützung zahlen könnte, braucht Gruppe B einen Zuschuß von zirka 10,000 ℳ u. s. w. heißt es in seiner Einsendung weiter. Es scheint hier am Platze, den Schreiber dieser Zeilen auf die Entstehungsursache unseres Industrieverbandes aufmerksam zu machen. Der Metallarbeiter-Verband ist ein Produkt der Solidarität der ihn gründenden Metallarbeiter. Er stellt eine Versicherung der Mitglieder auf Gegenseitigkeit dar und darin beruht seine Stärke.

Die ungleiche Belastung, die Vorhölzer für die Arbeitslosenunterstützung befürchtet, ist heute schon vorhanden bei dem Reisegeld, der Unterstützung nach § 2c, beim Rechtsschutz und nicht zum letzten bei Ausständen. Eine Hand wäscht die andere. Mag heute der Beruf B den Verband stärker belasten, morgen kann A mit ihm die Rolle vertauschen und die Sache wird sich dann ohne Weiteres ausgleichen. So dumm sind die Indifferenten doch nicht, daß sie das nicht begreifen sollten; allerdings müßte ihnen die Sache etwas anders vorgestellt werden, als dies von Vorhölzer geschieht.

Gerade aber diese Art seines Vortrags über Dezentralisation läßt in mir die Vermuthung auftauchen, als ob hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Denn daß der Kollege Vorhölzer sich nicht sollte besser ausdrücken können, nehme ich nicht ohne Weiteres an, ebenso wenig, daß er nicht wissen sollte, was eigentlich das Wort Solidarität bedeutet und daß es nicht blos ein Wort ist.

Auf jeden Fall aber beweisen seine diesbezüglichen Ausführungen, wenn, was ich hoffe, meine obige Vermuthung unrichtig sein sollte, klar, daß er sich so in die Opposition gegen die Arbeitslosenunterstützung verrannt hat, daß er weder aus noch ein weiß. Uebrigens, warum die kolossale Opposition gegen die Arbeitslosenunterstützung? Handelt es sich um einen neuen Unterstützungszweig? Fallen wir dabei aus unserer bisher innegehabten Rolle? Wir haben schon jetzt eine Arbeitslosenunterstützung in Form des Reisegeldes, wir haben sie schon jetzt in Form der Unterstützung nach § 2c des Statuts für die, die ihn in Anspruch zu nehmen verstehen! Was thun wir wir also durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung? Wir dehnen vorhandene Unterstützungszweige auf alle Mitglieder aus. Wir schaffen dadurch bestehende Vorrechte ab und nehmen den nicht bevorrechtigten oder den heute noch nicht berechtigten Mitgliedern jede Veranlassung, Dezentralisationsbestrebungen nachzuhängen. So liegt die Sache und nicht anders.

Auf die übrigen Ausführungen Vorhölzers, soweit sie das Unterstützungswesen betreffen, will ich nicht reagiren. Merkwürdig ist es nur, daß derselbe Artikelschreiber, der die Vorschläge auf weiteren Ausbau des Unterstützungswesens wie Sterbegeld ꝛc. ꝛc. bekämpft und sogar „wieder prinzipieller Gegner werden könnte", am Schlusse seines Artikels den Profitmichel herauskehrt, dem die Unterstützung zu gering ist und dem die Vorschläge des Vorstandes nicht weit genug gehen. „Erkläret mir, Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur."

Gegen einen Punkt der Vorhölzer'schen Auslassungen muß ich mich jedoch noch wenden, und dieser betrifft die Gaueintheilung mit besoldeten Vertrauensmännern. Nach den Ausführungen Vorhölzers könnte es den Anschein erwecken, als wäre ich ein Gegner dieses Projektes. Das ist nicht der Fall. Ich habe auch nicht behauptet, daß die Sache an der Personenfrage scheitern würde oder verfrüht wäre, sondern habe gesagt, daß ich nicht glaube, daß diese Generalversammlung die Sache allgemein regeln könne. Eine allgemeine Regelung setze eine ganz andere Bezirkseintheilung voraus. Heute seien die Bezirke meist auf die gerade vorhandenen qualifizirten Personen zugeschnitten, während bei der Gaueintheilung die Personen erst zu ihrer Aufgabe herangebildet werden müßten. Meiner Ansicht nach könnte die Besoldung von Gau-Vertrauensleuten nur nach und nach erfolgen und über Anstellung von solchen für diesen oder jenen Bezirk von Fall zu Fall entschieden werden.

In gleichem Sinne äußerte ich mich vorher auf der Konferenz in Weimar und nachher in Velbert und in allen Konferenzen (einschließlich der Münchener) unter Zustimmung der Mehrzahl der Delegirten.

Die von Vorhölzer angeführten Beispiele von Dresden, Hamburg ꝛc. sprechen ebenfalls für meine Ansicht, denn in diesen Orten wurden Geschäftsführer erst angestellt, nachdem es nothwendig geworden war, und nur Personen als solche bestimmt, die durch ihre bisherige Thätigkeit genügend vorgebildet waren. Bei Besetzung dieser Posten handelt es sich aber in erster Linie um tüchtige Verwaltungsbeamte, nicht aber um Agitatoren, Organisatoren, Verwaltungsgenies und Friedensrichter ꝛc. zugleich. Gerade die beanspruchte Vielseitigkeit der Gauvorstände läßt die Auswahl derselben schwieriger erscheinen.

Dies möge für heute genügen. Ich kann leider des beschränkten Raumes wegen nicht auf alle gemachten Einwände eingehen, hoffe jedoch in nächster Zeit noch einige derselben widerlegen zu können.

Stuttgart, 15. Februar 1899.

Alexander Schlicke.

Lohn- und Arbeits-Verhältnisse in Königsberg i. Pr.

II.

Ueber die Lohn- u. Arbeitsverhältnisse der Schlosser in Königsberg entnehmen wir dem Vortrage, den Kollege Rohrlack am 30. Jan. in der „Phönixhalle" hielt, das Folgende: Die Erhebungen erstrecken sich auf 5 Betriebe mit 313 Schlossern, 60 Schlosserei-Hilfsarbeitern und 102 Lehrlingen. Die Arbeitszeit beträgt in der Union 62½ Stunden, bei E. Steinfurt 60, Allzeit 60, Kölling 59 und bei Ernst Witt 64 Stunden pro Woche. Ueberstunden werden am häufigsten bei Herrn Allzeit verlangt. Dort arbeiten im Sommer die Hälfte der Arbeiter und auch die Lehrlinge fast regelmäßig 12 Stunden pro Tag. Man wird im kommenden Sommer darauf achten müssen, daß nicht etwa Lehrlinge unter 16 Jahren länger als 10 Stunden arbeiten, und wenn es der Fall, wird man dem Fabrikinspektor Mittheilung davon machen.

Der Arbeitslohn der Schlosser schwankt zwischen **12** (!) und 42 ℳ pro Woche, und zwar in der Abtheilung für landwirthschaftliche Maschinen in der Union 15—24 ℳ, im Tenderbau der Union 21—27 ℳ, im Maschinenbau der Union 30—42 ℳ, bei Steinfurt 18—25 ℳ, bei Allzeit 12 bis 30 ℳ, bei Kölling 12—30 ℳ, bei Emil Witt 12—25 ℳ. Man sieht, daß bei Witt, Kölling und Allzeit die schlechtesten Löhne gezahlt werden. Es ist aber auch Thatsache, daß dort die wenigsten organisirten Arbeiter zu finden sind. Von den Betrieben abgesehen, stellt sich der Lohn wie folgt: 14 Schlosser verdienen 12—15 ℳ, 137 Schlosser 16—20 ℳ, 94 Schlosser 21—25 ℳ, 43 Schlosser 26—30 ℳ, 15 Schlosser 35—40 ℳ und 10 Schlosser über 40 ℳ pro Woche. Theilt man zwei Lohnklassen ein, so ergibt sich, daß 151 Schlosser 12—20 ℳ und 162 Schlosser über 20 ℳ verdienen. Die Grenze bei 25 Mk. gezogen, ergibt, daß 245 Schlosser unter und 68 Schlosser über 25 ℳ verdienen. Von den Hilfsarbeitern verdienen 38 12 ℳ und 22 13—15 ℳ pro Woche. Alle Arbeiter zusammengerechnet in zwei Lohnklassen getheilt, ergibt: unter 20 ℳ verdienen 211 Mann, über 20 ℳ 162 Mann. Unter 25 ℳ verdienen 305 Mann, über 25 ℳ 78 Mann.

Der Lohn steht daher etwas günstiger als bei den Schmieden, aber auch die Organisation ist ein wenig besser: Von den 673 Schmieden waren 36 organisirt, von den 373 Schlossern aber 45. Und wie bei den Schmieden, so treffen wir auch die schlechtesten Zustände in den Fabriken, wo die wenigsten Arbeiter organisirt sind.

Die Lohnzahlung erfolgt: in der Union und bei Steinfurt alle 14 Tage, bei Allzeit, Kölling und Witt jede Woche. Lohneinbehaltungen bei der Union 3 Tage, bei Steinfurt 4 Tage, bei Allzeit, Kölling und Witt 1 Tag.

Ueber die Strafgelder bei der Union und bei Steinfurt haben wir in letzter Nummer schon berichtet. Bei Allzeit kostet 10 Minuten zu spät kommen 10 ₰. Unentschul-

digtes Fortbleiben von der Arbeit zieht Entlassung nach sich. Schnapstrinken kostet 50 ₰ Strafe. Bei Kölling sollen die Strafbestimmungen nur auf dem Papier stehen. Die Verwendung der Strafgelder ist in keinem einzigen Falle von den Arbeitern zu kontrolliren.

Die Behandlung der Arbeiter läßt überall zu wünschen übrig. In der landwirthschaftlichen Abtheilung der Union kommen Grobheiten vom Meister vor, im Tenderbau werden nur Leute grob behandelt, die es sich eben gefallen lassen. — Bei Steinfurt wird die Behandlung durch den Meister als „mehr als unanständig" bezeichnet und der konservative Landtagskandidat Herr Allzeit soll die Arbeiter mit den Worten wie: Esel, Lorrbaß, Lump ꝛc. regaliren! Dem Werkmeister Faust bei Kölling möchte man auch ein „Gute Besserung" zurufen, obwohl er schon ein wenig anders als früher sich benimmt. Bei Witt endlich fallen auch Worte wie Dummerjahn, Esel ꝛc.

Ueber die sanitären Zustände ist das Nachstehende hervorzuheben: In der landwirthschaftlichen Abtheilung der Union sind Heizung, Aborte, Wasch- und Ankleideräume ungenügend. Im Tenderbau der Union sind Heizung, Beleuchtung, Ventilation, Reinigung, Aborte, Wasch- und Ankleideräume ungenügend. Im Maschinenbau der Union wird geklagt, daß Ungeziefer im Abort und das Pissoir ohne Wasserspülung sei, ferner ungenügende Wasch- und Ankeideräume. Bei Steinfurt klagen die Leute über Ventilation, Heizung, Beleuchtung (zwei Mann eine Flamme), ungenügende Reinigung des Montageschuppens, das Fehlen der Waschvorrichtung, sowie des Garderobengelasses, (alte Kisten sind „Garderobenspinde"). Bei Allzeit taugt die Ventilation, Heizung und Waschvorrichtung nichts. Kleidergelaß fehlt ganz. Bei Kölling ist Ventilation und Heizung ungenügend und am Abort kein Licht! Bei Witt ist nur eine Klage: Die Arbeiter müssen die Lampenzylinder selbst kaufen!

An weiteren Beschwerden mangelt es auch nicht. Zunächst verdient festgestellt zu werden, daß der Fabrikinspektor noch von keinem Arbeiter (von allen Betrieben) bemerkt wurde. Daß aber genug Veranlassung ist, daß er sich bemerkbar macht resp. mit den Arbeitern in Verkehr tritt, beweisen nicht nur die vorstehenden Ausführungen, sondern unter anderem die Thatsache, daß in der Kesselschmiede der Union eine Bohrmaschine sich befindet, bei welcher der Ausrücker mit einem Zentnergewicht beschwert ist. Will der Arbeiter die Maschine zum Stillstand bringen, so muß er um dieselbe herumlaufen und erst das Gewicht abheben!! Bei Allzeit ist vor einem halben Jahr ein Beinbruch vorgekommen.

Die Monteure in der Maschinenbau-Abtheilung der Union verdienen auf Montagereisen weniger, als die in der Werkstatt beschäftigten Leute.

Bei Herrn Emil Witt kommt die Lehrlingsausbeutung so recht grell ans Tageslicht. Jeder, der dort lernt, muß ¾ Jahr Probe lernen, was nicht bei der Lehrzeit angerechnet wird. Werkzeuge müssen vom Lehrling resp. dessen Vater ersetzt werden. Das Verlassen der Lehre kostet dem Vater 50, 75, 100, ja bis 150 Mark Geldbuße, je nach der Dauer der Lehrzeit, und zwar haben diese Strafen thatsächlich schon mehrfach gezahlt werden müssen! —

Im übrigen bewegten sich die Ausführungen Rohrlacks im selben Rahmen, wie in der Versammlung der Schmiede, was nach der gleichen Art und dem Zweck bei der Versammlung auch gar nicht anders sein konnte und darf. Der Erfolg der Schlosser-Versammlung war auch befriedigend, und können wir nur für die übrigen Branchen gleich gute Resultate wünschen, denn ohne eine kraftvolle Organisation können die hier geschilderten Zustände nicht gebessert werden.

Staatswerftliches.

Da wird immer gesagt, die kaiserl. Werften seien alles andere eher als Musteranstalten; in Bezug auf Arbeiterfürsorge ließen sie fast alles zu wünschen übrig und in nichts als in einer großen Portion Bureaukratismus unterschieden sie sich von den großen Etablissements eines Stumm und ähnlicher Sozialreformer. Nun ja, aus der probeweisen Einführung des Achtstundentages auf der Werft zu Danzig ist nichts geworden, die „demoralisirende Wirkung" desselben wurde vom Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Industrieller dem Reichs-Marineamt so überzeugend geschildert, daß dieses schleunigst erklärte, mit dem probeweisen Achtstundentag ist es nichts. Wer aber glaubt, daß darum nun die Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht erwogen wurde, der irrt.

Praktisch ist man dieser Frage sogar näher getreten. Man höre und staune: auf der kaiserl. Werft in Kiel sind dieser Tage die Arbeiter durch nachfolgende Bekanntmachung beglückt und überrascht worden, die wir im Wortlaut folgen lassen:

Ressortbefehl.

Hiermit wird bestimmt, daß in der Zeit von 8 bis 8¼ Uhr Vormittags gefrühstückt werden darf, die Arbeiten sind dabei möglichst wenig zu unterbrechen. Die Arbeitsmaschinen bleiben daher, wenn die Arbeit dieses gestattet, in Thätigkeit. Zum Beginn, um 8 Uhr und zum Schluß der Pause um 8¼ Uhr Vormittags, ist in den Werkstätten ein Signal mit der Dampfpfeife zu geben, während an Bord S. M. Schiffe die betreffenden Werkführer Beginn und Schluß der Pause durch Zuruf anzusagen haben.

Außerhalb dieser Zeit darf nicht gefrühstückt werden und sind Zuwiderhandlungen zur Bestrafung zu melden.

Dieser Befehl ist durch Anschlag den Arbeitern bekannt zu geben.

Der Maschinenbau-Direktor: gez. Meyer,
Geheimer Ober-Baurath.

Wie bitter unrecht haben wir bislang der Werft gethan. Mehr als in diesem Schreiben gegeben, können die Arbeiter doch wahrlich nicht verlangen. Man bedenke nur diese gütige Erlaubniß, des Morgens frühstücken zu dürfen und das zu bestimmt angegebener Zeit. Und dabei können sogar die Arbeitsmaschinen, wenn es gar nicht anders geht, außer Betrieb gesetzt werden. Allerdings dafür darf ja kein Arbeiter außerhalb dieser Zeit einen Bissen Brod essen, widrigenfalls er zur Bestrafung gemeldet wird.

Wahre Riesensprünge sind es, die die Sozialreform in den Marinebetrieben macht und uns solls wahrlich nicht wundern, wenn in der nächsten dem Reichstag vorgelegten Denkschrift über die Lage der in den Marinebetrieben beschäftigten Arbeiter diese neueste That einer weitausschauenden Arbeiterfürsorge ganz besonders hervorgehoben und hingestellt wird als Arbeitszeitverkürzung, als eine Arbeitszeitverkürzung, die — keine ist.

Bemerken wollen wir noch, daß im Schiffsbauressort — der obige Befehl bezieht sich aufs Maschinenbauressort — in der neuen Frühstückspause die Maschinen außer Betrieb gesetzt werden dürfen.

Ein großer Metallarbeiterstreik in der Schweiz.

In Baden bei Zürich legten am 3. Februar ca. 1000 Metallarbeiter in der elektrotechnischen Fabrik von Brown, Boveri & Co. die Arbeit nieder, weil der Schriftführer des Metallarbeiterbundes „Dynamo" gemaßregelt worden war; weiter gearbeitet wurde nur von den Lehrlingen, Handlangern und Meistern. Die Organisation, der bei Ausbruch des Streiks ca. 600 Metallarbeiter als Mitglieder angehörten, war erst im vorigen Jahre gegründet worden und zwar in Folge von ebenfallsigen Maßregelungen und Lohndifferenzen. Damals erkannte bei den zur Schlichtung des Streites geführten Unterhandlungen die Fabrikleitung ausdrücklich die Arbeiterorganisation an und erklärte sich nicht nur bereit, mit derselben bei wieder vorkommenden Differenzen in Unterhandlungen zu treten, sondern erklärte noch weiter, daß über kleinere Streitpunkte direkt mit den Meistern verhandelt werden könnte, da die Direktion nicht die Zeit habe, sich um alle Kleinigkeiten zu kümmern.

Nun beklagten sich die Maler der Fabrik sehr lebhaft über das Treiben des dieser Abtheilung vorgesetzten Meisters Rimann, der ganz eigenthümlich schalte und walte und willkürlich verfahre. So bezahlte er die Frau eines Arbeiters, welche seine Frau, während sie im Wochenbette lag, pflegte, nicht, sondern sagte ihr, er werde dafür sorgen, daß ihr Mann eine Erhöhung seines Stundenlohnes um einige Rappen erhalte, andere Arbeiter pumpte er an usw. Der Vorstand des Metallarbeiterbundes beschloß hierauf, gestützt auf die frühere Erklärung der Direktion, den Meister Rimann zu einer Besprechung einzuladen. Statt der Einladung Folge zu leisten, übergab der Brave das Schreiben der Direktion und diese wußte nichts Gescheidteres zu thun, als den Absender desselben, den Schriftführer der Gewerkschaft zu entlassen, „da man Herr im Hause bleiben wolle". Versuche, die zur Rücknahme der Kündigung gemacht wurden, blieben erfolglos und so wurde die Arbeit eingestellt, was die Herren von der Direktion allerdings nicht erwartet hatten.

Noch am Freitag, sodann am Samstag und Sonntag fanden stundenlange Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft und der Direktion unter Mitwirkung erst des Bürgermeisters Pfister von Baden und dann des aargauischen (Baden liegt im Kanton Aaargau) Ministerpräsidenten Dr. Müri von Aarau statt, die indeß zu keinem Ergebniß führten. Am Mittwoch wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und endlich eine Einigung erzielt, welche allerdings die Forderung der Streikenden auf Wiedereinstellung des gemaßregelten Genossen nicht erfüllt, dagegen Anerkennung der Organisation — zum zweiten Male! — enthält. Die Erklärung der Firma zu Handen der Streikenden lautet: „1. Die Firma Brown, Boveri & Cie. erklärt sich bereit, der Familie des entlassenen H. zur Sicherstellung ihrer Existenz 200 Fr. zu verabfolgen. 2. Ueber die gegen den Meister Rimann von Seiten der Arbeiter im Verlauf des Streiks vorgebrachten Anschuldigungen wird eine strenge Untersuchung eingeleitet, und zwar soll dieselbe, sowie die Abwandlung des Falles unter dem Vorsitz einer Amtsperson stattfinden. Malermeister Rimann soll bis nach Austrag der Sache in seiner Funktion als Meister eingestellt verbleiben. 3. Alle Klagen und Beschwerden von Seiten der Arbeiter oder deren Vereinsorgane sollen von einer Arbeiterkommission untersucht und mit den Anträgen der letzteren der Firma zur Entscheidung und eventuellen Ahndung der Schuldigen vorgelegt werden. Die Kommission soll aus 18 Mitgliedern bestehen, von welchen die Hälfte durch die Firma, die andere durch die Arbeiterschaft in unabhängiger Versammlung je auf die Dauer eines Jahres gewählt wird. Alle Mitglieder müssen Arbeiter des Geschäftes sein. Dadurch soll das Recht der Arbeiter oder ihrer Vereinsorgane nicht ausgeschlossen sein, Beschwerden direkt bei der Firma anzubringen. 4. Wegen Zugehörigkeit zu irgend einem Vereine oder Vereinsthätigkeit außerhalb des Geschäftes soll kein Arbeiter entlassen, ebensowenig wegen Theilnahme an dem Streike ein solcher gemaßregelt werden. Der fällige Lohn wird ohne jeden Abzug bei Wiederaufnahme der Arbeit ausbezahlt. Diese Erklärung wird gegeben unter der Bedingung, daß die Arbeit Freitag, den 10. Februar, Vormittags zur ordnungsgemäßen Zeit wieder aufgenommen wird.

Am Donnerstag fand eine Versammlung der Streikenden statt, welche die Erklärung der Fabrikleitung diskutirte und hierauf folgenden Beschluß faßte: „1. Mit Rücksicht darauf, daß in der Offerte der Hauptstreitpunkt, das gesetzlich garantirte Vereinsrecht von der Firma vollständig anerkannt wurde, 2. daß an den gemaßregelten Genossen von der Firma eine Entschädigung über die gesetzliche Kündigungszeit hinaus offerirt wurde; ferner, mit Rücksicht auf die persönliche Erklärung des Entlassenen, daß er auf Wiedereinstellung definitiv verzichtet, beschließt die heutige Versammlung der Streikenden, es sei die Offerte der Firma anzunehmen in der Meinung, daß über allfällig vorkommende Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Offerte Herr Regierungspräsident Müri als Schiedsrichter angerufen wurde. Die Arbeit wird morgen Freitag zu gewohnter Stunde wieder aufgenommen. Von diesem Beschluß ist der Fabrikleitung Kenntniß zu geben. Herrn Landammann Müri wird für seine Bemühungen zur Beilegung des Konfliktes der Dank der Arbeiterschaft ausgesprochen."

Die Versammlung war in eine begeisterte Stimmung gerathen, die nicht etwa zur Proklamirung der Revolution führte, sondern man sang „Mein Schweizerland wach' auf!", brachte ein begeistertes Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung aus und zog sodann mit der eigenen Streikmusik durch die Straßen der Stadt, so noch eine wirkungsvolle Kundgebung für das Vereinsrecht der Arbeiter veranstaltend.

Mit affenartiger Geschwindigkeit hatte der Verein der schweizerischen Maschinenindustriellen beschlossen, keinen der Streikenden einzustellen, ein Beschluß, der sehr überflüssig war, denn es fiel gar keinem derselben ein, von Baden fortzugehen. Anderseits gab es auch keine Streikbrecher, weder aus den Reihen der Streikenden noch von auswärts. Während des Streiks traten die meisten der noch nicht organisirten Ausständischen in die Gewerkschaft ein. Mögen sie derselben nun auch treu bleiben, dann werden es sich die Herren wohl überlegen, nachdem sie um die Erfahrung des Streiks klüger geworden sind, ein zweites Mal durch Wortbruch eine Arbeitseinstellung zu veranlassen. —r.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

An die **Zentralwahlkomitees** richten wir hierdurch das Ersuchen, uns sofort nach Zusammenstellung der Wahlresultate den Namen (Vor- und Geschlechtsnamen), den Beruf und die Wohnung der gewählten Delegirten mitzutheilen.

* * *

☞ In letzter Zeit sind mehrfach Streiks ohne Beachtung der einschlägigen Bestimmungen des Statuts inszenirt worden. Wir verweisen in dieser Beziehung auf § 21 des Statuts mit dem Bemerken, daß die Nichtachtung der betreff. Bestimmung die Nichtanerkennung des Ausstandes und Verweigerung der Unterstützung aus Verbandsmitteln nach sich zieht.

Besonders aber warnen wir vor der Inszenirung von Streiks wegen Maßregelung einzelner Personen, ehe der Vorstand über dieselben zu Rathe gezogen worden ist.

* * *

Folgende Mitgliedsbücher sind ungiltig und aufzuhalten:

Nr.
60329 des Schlossers Richard Schicholb, geb. zu Forst am 1. Februar 1875.
61866 des Schlossers Albert Koardt, geb. zu Loitz i. P. am 23. September 1874.
62589 des Blechschmiedes Wilh. Knobbe, geb. zu Dahlenwarsleben am 24. November 1857.
122739 des Schlossers Herm. Schneider, geb. zu Sellershausen am 2. Juli 1876.
253646 des Kesselschmiedes Otto Steinhorst, geb. zu Trebnitz am 6. Juli 1878.

* * *

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 8 Abs. 7 des Statuts:

auf Antrag der Verwaltungsstelle Bielefeld, Sektion der Former, wegen Streikbruchs:

der Former Wilhelm Brechmann, geb. am 29. Mai 1856 zu Stuckenbrok, B.N. 37,153;
der Former Herm. Schillermann, geb. am 25. Mai 1863 zu Bielefeld, B.N. 257,180;
der Schmelzer Fridrich Heidecke, geb. am 21. Dez. 1875 zu Halberstadt B.N. 157,145;

der Verwaltungsstelle Pößneck, ebenfalls wegen Streikbruch:

der Gelbgießer Alb. Ritter, geb. am ? zu ? Buch-Nr. 186,454.

* * *

Alle für den Verband bestimmten **Geldsendungen** sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160|I,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

* * *

Der Mechaniker Paul Pastian, zuletzt in Calb in Württemberg, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Diejenigen, die bei Ermittelung der Adresse behilflich sein können, werden darum gebeten.

Korrespondenzen.

Former.

Zum Formertage.

Die Braunschweiger Kommission schreibt uns:

„Die Bemerkungen, die seitens der Redaktion der Deutschen Metallarbeiterzeitung, die Einberufung des Formertages betr., gemacht werden, zwingen die unterzeichnete Kommission zu einer Entgegnung. Zunächst sagt die Redaktion nicht, was in der öffentlichen Formerversammlung vom 15. Januar Unrichtiges über den Vorstand des D. M.-V. gesagt worden ist. Was dort über denselben gesagt wurde, findet ja seine Bestätigung in dem in Nr. 5 der M.-Ztg. befindlichen Aufruf des Vorstandes. — Bezüglich der Bemerkung über das Verhalten des Vorstandes vom Z.-V. überlassen wir es diesem selbst zu antworten. — Wenn ferner bemängelt wird, daß die Einberufung des Formerkongresses zu demselben Zeitpunkt erfolgt ist, wo die Generalversammlung des D. M.-V. tagt, so können wir nur erklären, daß wir nicht optimistisch genug waren, zu erwarten, daß auf der Generalversammlung die Einigungsbestrebungen der Former ihre volle Würdigung finden würden. — Die Unterstellung, die in dem Satz, in welchem von „treibenden Elementen" gesprochen wird, liegt, weisen wir mit dem Sprichwort zurück: Man sucht keinen hinter dem Ofen, wenn man nicht schon selbst hinter demselben gesessen hat. Wir sind auch nicht der Ansicht wie die Redaktion, daß der Formertag geeignet ist, die Gegensätze zu verschärfen — im Gegentheil wird die ehrliche offene Aussprache der engeren Berufsgenossen auf dem Kongreß die Situation bedeutend klären, sie wird fruchtbar wirken zum Wohle der Organisation. — In Bezug auf die von der Redaktion verneinte Frage der Befugniß der Braunschweiger Kollegenschaft, durch

eine Kommission den Formertag einberufen zu lassen, erklären wir: Nach der ausgedehnten Diskussion in Versammlungen und dem „Glück auf" (eine große Anzahl Versammlungen sprachen sich für Abhaltung des Formertages aus) waren wir durchaus berechtigt, diesen Schritt im Interesse der Sache zu thun, wir wollten die in Fluß gekommene Frage nicht verschleppen lassen, uns haben keine unlauteren Motive dazu gedrängt, sondern die Erkenntniß, daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, die Organisationsverhältnisse der Former zu regeln, damit diese in Zukunft die Aktionsfähigkeit besitzen, die zur Hebung ihrer wirthschaftlichen Lage erforderlich ist."

* * *

Wenn man den Aufruf der Kommission zum Formertage (Nr. 5), ihre Erläuterung in voriger Nummer und obige Erklärung zusammenhält, so ergeben sich u. A. die schönsten Widersprüche und Unklarheiten.

Nach dem Aufruf soll einer Majorisirung dadurch vorgebeugt werden, daß die Former beider Organisationen ihrer Stärke nach vertreten sind. Da hätte die Kommission doch einen Vorschlag machen sollen, in welcher Weise dies zu ermöglichen ist. Ohne eine Mitwirkung der beiden Zentralvorstände ist dies ein Ding der Unmöglichkeit, durch die Wahl in den vorgeschlagenen öffentlichen Versammlungen wird keine richtige Vertretung erzielt.

Nach der Erläuterung in v. Nr. soll der Kongreß ein freier sein, aber nicht nur berathen, sondern auch Beschlüsse fassen. Bei jeder Beschlußfassung wird aber — wenn nicht Einstimmigkeit herrscht — ein Theil **majorisirt!**

Der Zweck, der von Braunschweig aus mit dem Formertag systematisch verfolgt wird, ist nun durchaus ersichtlich. Es handelt sich für die Braunschweiger nicht um die offene Frage in welcher Form eine Vereinigung zu Stande kommen könnte, sondern nur darum, die Losreißung der im M.-V. befindlichen Former zu bewirken. Dazu soll der Formertag dienen. Man weiß ganz genau, daß es den Formern im M.-V. zu Ostern unmöglich ist, ihrer Zahl entsprechend vertreten zu sein; man rechnet auch darauf, daß eine Anzahl als Delegirte bei der Generalversammlung in Halle sein werden. Die Anhänger des Zentralvereins werden also die unbestrittene Majorität haben.

Wenn die Kommission in ihrer obigen Erklärung meint, daß das, was in der Versammlung am 15. Januar über den Vorstand des M.-V. gesagt wurde, seine Bestätigung in dem Aufrufe des Vorstandes vom M.-V. in Nr. 5 finde, so ist dies Letztere eben unrichtig und durch diese Behauptung auch erwiesen, daß in der Versammlung in Braunschweig thatsächlich Unrichtiges gesagt wurde. Denn das, was unser Vorstand in Nr. 5 sagt, ist etwas ganz Anderes als was man ihm resp. dem M.-V. unterstellt hat. Wenn die Kommission diesen Unterschied nicht erkennt, so thut uns das leid.

Ueber die „treibenden Elemente" setzt sich die Kommission mit einem sehr abgebrauchten Sprichworte hinweg, das auf uns keine Anwendung finden kann; wir werden ja gerade von jener Seite deshalb so angefeindet, weil wir s. Z. Alles an die Oeffentlichkeit rückten.

Wennn wir in Nr. 5 sagten, daß der Formertag die Gegensätze verschärfen werde, so wurden wir dazu gerade durch einige Artikel des „Glück auf" veranlaßt, in denen das Gleiche gesagt wurde. Hoffentlich lesen die Kommissionsmitglieder des Z. d. F doch ihr eigenes Verbandsorgan!? Wenn nicht, so sind wir erbötig, ihnen die betreffenden Stellen näher zu bezeichnen. — Uebrigens hat die Art und Weise, wie die Organisationsfrage und der Formertag im „Glück auf" behandelt wurden, ohnehin schon wieder Erbitterung genug hervorgerufen.

Wenn die Kommission sich nun gar auf die Versammlungen beruft, die sich für den Formertag ausgesprochen haben sollen, so greift sie erst recht daneben. Bis jetzt haben sich nach einer Zählung, die wir anstellten, mit Braunschweig nur sieben Versammlungen unbedingt dafür erklärt, zwei bedingt. Dagegen aber ebenfalls sieben Versammlungen und drei Konferenzen des Z. d. F., auf denen zusammen dreißig Zahlstellen vertreten waren. Bestreitet die Kommission unsere Angaben, so werden wir die Orte 2c. namentlich aufführen. Die sonstigen Einsendungen im „Glück auf" richten sich ebenfalls in ihrer Mehrzahl gegen den Formertag.

Die Kommission hat also kein Glück mit ihren Behauptungen; wir begreifen jedoch ihre Verlegenheit um bessere Gründe zur Motivirung ihres Handelns. —

In Nr. 6 des „Glück auf" widmet uns der Vorstand des Z. d. F. eine Erwiderung auf unsere Bemerkungen in Nummer 5.

Das Leitmotiv dieser Erwiderung ist: Der Vorstand des Z. d. F. hält es nicht für seine Aufgabe, bestimmend auf seine Mitglieder einzuwirken. Dieser Grundsatz hört sich schön an; leider befolgt ihn nur der Vorstand des Z. d. F. nicht, denn seine ganze Erwiderung läuft auf nichts anderes hinaus, als auf seine Mitglieder in bestimmtem Sinne einzuwirken. Oder ist es keine Einwirkung, wenn er sagt, daß er es für nutzlos halte, in eine Berathung über die Verschmelzung beider Organisationen einzutreten? Von dem Weiteren ganz zu schweigen.

Eigenthümlich muß es berühren, daß der Vorstand des Z. d. F., der unsere redaktionellen Bemerkungen sofort aufgriff, sich über die Erklärung unseres Vorstandes in der gleichen Nr. völlig ausschwieg. Freilich, hätte er sie erwähnt, dann wäre es nicht möglich gewesen, von „willenloser Unterwerfung des Zentralvereins unter den M.-V." zu reden.

Der Vorstand des Z. d. F. meint, daß der Formertag auch einen Weg finden solle, auf welchem es möglich ist, die große Masse der unorganisirten Gießereiarbeiter für die Organisation zu gewinnen. Wir meinen, es sei Aufgabe der Organisationen, die nöthigen Wege einzuschlagen, dazu bedürfte es nicht erst eines kostspieligen Formertages.

Der Vorstand des Z. d. F. sagt schließlich, daß er es den Formern überlasse, ob sie den Zentralverein hochhalten oder mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen in den D. M.-V. über- und untergehen wollen. Ganz abgesehen von der Gesinnung, die sich in den letzten Worten offenbart: wir hätten nur den Wunsch, daß der Vorstand des Zentralvereins auch so handelte wie er spricht. Wir brauchen aber nur an sein Flugblatt vom 26. November v. J., das sich gegen die Berliner Former richtete, zu erinnern. Dieses erlaubten sich, in einer Versammlung eine von den Anschauungen des Vorstandes des Z. d. F. abweichende Meinung zu äußern; dagegen mußte schnell ein Flugblatt losgelassen werden mit dem bezeichnenden Schluß in großer fetter Schrift: „Gebt Acht auf das, was sich im Verborgenen vorbereitet." Obwohl die Berliner Former in aller Oeffentlichkeit ihre Ansicht äußerten, wurde ihnen unterstellt, daß sie im Verein mit Mitgliedern des D. M.-V. etwas planten, was das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen habe. Weil man in Berlin sich nicht gegen eine Vereinigung der beiden Organisationen aussprach, wurde vor den Berlinern gewarnt!

Wir können nach all diesem den Formern des D M.-V. nur empfehlen, den zu Ostern stattfindenden Formertag nicht zu beschicken; schon deshalb nicht, weil sich auch unsere Generalversammlung mit der Organisationsfrage der Former beschäftigen wird. Die Redaktion.

Alt- und Neugersdorf. Der Streik bei der Firma Thiele & Lindner dauert fort. Da die Suche nach Arbeitswilligen ergebnißlos war, wurden ca. 15 Hilfsarbeiter entlassen. Auch den Feuermann, der den Heidaer Former (s. vor. Nr.) beherbergte, hat man entlassen. Wir bitten auch fernerhin um strengste Fernhaltung des Zuzugs. Weiterer Bericht folgt

Dortmund. Eine am 22. Januar abgehaltene Versammlung der Former beschäftigte sich mit den Mißständen in der Eisengießerei Rud. Meißner in Eving. Ein Kollege E. ist auf eine Annonce, die die Firma im „Arbeitsmarkt" veröffentlichte und welche lautet: „Tüchtige Former bei 6 bis 7 ℳ pro Tag gesucht. Bei Nichteinstellung wird die Reise vergütet", hiehergekommen, hat aber zu seinem Erstaunen gesehen, daß die Arbeitszeit 13—14 Stunden beträgt und in dieser Zeit durchschnittlich nicht mehr wie 5 ℳ verdient werden. Den Sand müßten die Former selber mahlen und machen bekommen aber keinerlei Vergütung dafür. Das Material ist schlecht und zu wenig; Reisegeld brauche die Firma nicht zu vergüten, der Meister bietet den Formern an: er schmeiße sie mit einem Masseleisen vor den Kopf, oder er schlage sie mit dem Schippenstiel über den Balg, da gingen die Former schon gerne wieder. Wenn ein Former dort anfange und höre kurz vor dem Lohntag wieder auf, würden die Preise so reduzirt, daß er kaum das Kostgeld verdient habe. Ein Kollege erklärte, der Formermeister, resp. Betriebsführer Schmitz brauche sich nicht beleidigt zu fühlen, wenn er bei der vorjährigen M.-Gladbacher Sperre Antreiber genannt wurde, denn es herrsche dort eine Antreiberei, wie in keiner zweiten Bude Dortmunds. Es wurde dann beschlossen, über die Firma Meißner die Sperre zu verhängen und dieselbe mit aller Schärfe durchzuführen, bis die Zustände dort bessere geworden seien.

Neumühlen. In einer am 23. Januar stattgefundenen Versammlung der Former und Gießereiarbeiter kamen die Zustände auf den Howaldtswerken in Diedrichsdorf zur Sprache. Es wird bis jetzt in dieser Fabrik im Lohn gearbeitet; da wir aber jetzt einen neuen Betriebsleiter erhalten haben, soll fortan in Stückakkord gearbeitet werden. In einer ersten Budenbesprechung erklärten sämmtliche Former, keinen Akkord anzunehmen, und so konnte das Akkordsystem bis jetzt noch nicht durchgeführt werden. Der jetzige Leiter der in aller Welt bekannten Stahl- und Eisengießerei hat uns nicht so viel Respekt gezeigt, wie sein Vorgänger, denn dieser Herr, Starke mit Namen, scheint praktisch sowie theoretisch nicht sehr ausgebildet zu sein. Der Vorgänger des Herrn Starke hatte denselben Auftrag, Akkord einzuführen, von der Firma erhalten Da dieser das System nicht durchführen konnte, aber auch kein Sklaventreiber sein wollte, reichte er seine Entlassung ein, wohl aber hauptsächlich deshalb, weil die Einrichtungen in der Stahl- und Eisengießerei auf genannten Werken sehr mangelhaft sind. — Starke ist es auch geglückt, den Former D. zur Bude hinauszuekeln. Doch dessen Kollegen erklärten sich mit ihm solidarisch und verlangten seine Wiedereinstellung nebst besserer Behandlung. Der Gießereileiter erklärte sich zu dessen Wiedereinstellung bereit, wenn D. Abbitte leiste. Als trotz mehrmaliger Versuche der Arbeiter, die Sache in gütlicher Weise zu regeln, dies nicht gelang, blieb ihnen kein anderer Weg als die Arbeitseinstellung. Am Freitag, den 17. Febr. stellten sie folgende Forderungen: 1. Beibehaltung der früher gezahlten Löhne — bei gleicher Leistung der Arbeiter — und Beibehaltung des früheren Arbeitsverhältnisses. 2. Bessere Behandlung seitens des Betriebsleiters. 3. Einstellung sämmtlicher Streikender mit Einschluß des Formers D. — Bislang sind 3 Kernmacher den Streikenden nachgefolgt, indem sie bei Verweigerung von Streikbrecherdiensten entlassen wurden. Zur Zeit stehen im Ausstand 35 Arbeiter, davon sind 5 unorganisirt, 4 sind Mitglieder des D. M.-V., die Uebrigen Mitglieder des Z. d. F. Die Firma hat sich schon am ersten Tage des Streiks damit beschäftigt, ihre Modelle an auswärtige Stahlgießereien zu senden. Also Obacht!

Nürnberg. Zum Streik bei Schuckert. In genannter Fabrik besteht seit über einem Jahre ein Arbeiterausschuß, der die Streitigkeiten zu schlichten hat. Wir hatten deshalb auch, als der in Frage stehende Kollege (s. vor. Nr.) bereits seine Entlassung hatte, unseren Vertreter beauftragt, bei dem Meister zu interveniren, er wurde aber abgewiesen. Nun beruft sich die Fabrikleitung darauf, wir hätten erst den Instanzenweg einschlagen, das heißt, wir hätten den Gesammtausschuß anrufen sollen. um die Entlassung zu prüfen. Hätte sie derselbe zu Unrecht befunden, so würde sie zurückgenommen worden sein. Den Instanzenweg hat in erster Linie Herr Pfeifer nicht eingehalten Wenn die Fabrikleitung einem Meister derartige Befugnisse in die Hand gibt, so soll sie auch die Folgen tragen, die aus seinem Vorgehen entspringen. Nun veröffentlicht die Fabrikleitung in einem hiesigen Blatte eine Erklärung, in der dieser Instanzenweg eine Hauptrolle spielt. Die Direktion führt in genanntem Blatte an, daß der Arbeiterausschuß die Sache geprüft und die Entlassung als gerecht befunden. Letzteres ist unwahr und wurde dies vom Ausschusse auch bereits richtig gestellt. Alles von der Direktion gegen uns Angeführte sind leere Ausreden, da Pfeifer schon einige Mal geäußert hat, „es kommt in nächster Zeit zu einem Bruch." Man wollte nichts Anderes als der Organisation Eines versetzen, denn Herr Pfeifer konnte seine Liebenswürdigkeiten nicht mehr so ausüben wie früher. Die Direktion sagt auch, daß es Pfeifer mit seiner „Verantwortung" nicht vereinbaren könnte, weshalb er Gebhard entlassen mußte. Bei einem anderen Former spielte die „Verantwortung" keine Rolle, dieser verdiente oft 48 ℳ pro Woche, nie aber weniger als 38—40 ℳ für — man kann fast sagen — sein Nichtsthun. Was gegen Pfeifer von unserer Seite sonst noch einzuwenden ist, haben wir der Direktion mitgetheilt; da uns Pfeifer deshalb bereits mit Klage gedroht, so werden wir s. Zt. noch auf die Thatsachen zurückkommen. — Die Lage des Streiks ist für uns immer noch günstig, trotz aller Bemühung der Direktion ist es noch nicht gelungen, einen arbeitswilligen Former außer einer ehemaligen Größe, einem verblichenen Vorarbeiter, der aber durch sein Gebahren von den Arbeitern an die Luft befördert wurde, zu bekommen. Aufgabe der Metallarbeiter ist es, uns in dem aufgedrungenen Kampf zu unterstützen, besonders den Zuzug fernzuhalten und dort, wo Modelle auftauchen, sie nicht zu formen.

Nürnberg. Nachdem in Nr. 4 des „Glück auf", sowie in Nr. 5 der „Met.-Ztg." ein Aufruf an die Former Deutschlands ergangen ist, Delegirte zu wählen zu einem am 2. und 3. Osterfeiertag abzuhaltenden Formertag betreffs Regelung der künftigen Organisationsverhältnisse der Former, so sei hiermit Folgendes dazu bemerkt: Daß es nothwendig ist, die Verhältnisse der Former besser zu gestalten, darüber hat sich im vorigen Jahre eine gutbesuchte kombinirte Formerversammlung in Nürnberg vollständig zustimmend ausgesprochen, ebenfalls auch den ersten Absatz der Berliner Resolution angenommen, den geplanten Formertag, wenn er zu Stande kommen sollte und zu erkennen sei, daß dabei auch etwas Ersprießliches herauskommen würde (was ja wohl nach verschiedenen Artikeln des „Glück auf" noch sehr zu bezweifeln ist. D. Einsender.) zu beschicken. Nun ist in dem Aufruf, der von Braunschweig ausgeht, auf den 2. und 3. Osterfeiertag dieser Formertag nach Gotha einberufen, wo zu gleicher Zeit die Generalversammlung des D. M.-V. in Halle stattfindet. Schon aus dem Versammlungsbericht in Braunschweig ist zu ersehen, daß dortselbst verschiedene Redner gegen diesen Tag der Einberufung sich aussprachen und empfahlen, erst die Generalversammlung des D. M.-V. abzuwarten, welche sich wohl auch mit der Frage beschäftigen muß, und dann erst den Formertag einzuberufen. Einsender Dieses ist von einer 70 Mann starken Mitgliederversammlung beauftragt, Stellung in der „Met.-Ztg." gegen diese Einberufung zu nehmen und die Pfingstfeiertage in Vorschlag zu bringen, schon aus oben angeführten Gründen. Auch der zweite Theil der Anmerkung der Redaktion in Nr. 5 der „D. Met.-Ztg." über den Versammlungsbericht in Braunschweig ist sehr zutreffend. Die Erklärung des Hauptvorstandes des M.-V. in Nr. 5 ist für die Former, welche im M.-V. organisirt sind, zur Befriedigung ausgefallen und daher allen weiteren falschen Behauptungen (wie sie leider in dieser Angelegenheit auf der anderen Seite schon genug gemacht wurden) entgegenzutreten und auf Obiges zu verweisen. Es ergeht nun das Ersuchen an sämmtliche Former Deutschlands, zu diesem einberufenen Formertag, sowie dem hier gemachten Vorschlag baldmöglichst in der Presse Stellung nehmen zu wollen, um diese wichtige Angelegenheit einer genauen Prüfung zu unterziehen. Unser Losungswort sei: Vereinzelt sind wir Nichts, vereint Alles.

Ad. Gentz, gen. Ettrich-Rätz, Former.

Nürnberg. Eine kombinirte Formerversammlung fand am 8. Februar im „Wilden Mann" statt, die zahlreich besucht war. Dieselbe beschäftigte sich mit endgiltiger Beschlußfassung über die Bewegung. Kollege Ettrich-Rätz wies u. A. auf die Uebelstände hin, die der 1894er Ausstand nach sich gezogen hat und die immer mehr überhand nehmen. Die Akkordarbeit sei schuld an den ungenügenden Löhnen, die nicht ausreichen, um die allernothwendigsten Lebensbedürfnisse zu decken. Schon mehrmals sei eine Kommission der Metallarbeiter bei den Industriellen vorstellig geworden, um Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung und kleinere Forderungen zu erringen, diese wurde aber immer nur mit der Antwort abgewiesen, die Konkurrenz lasse es nicht zu, auch nur das Geringste zu gewähren. Auf diesen letzten Bescheid faßen sich nun die Arbeiter veranlaßt, anders vorzugehen und Aufgabe der Former sei es speziell, einen Vorstoß und zwar zur Beseitigung der ungemein schädigenden und Mißstände zeitigenden Akkordarbeit zu machen. Auch wurde hervorgehoben, daß der seinerzeit vereinbarte Schiedsgerichtsspruch seitens einzelner Unternehmer durchbrochen werde und unbedingt Abhilfe erforderlich sei. — In der Diskussion gelangten folgende Punkte zur Abstimmung: Antrag auf Beseitigung des Akkordsystems, einstimmig angenommen. Antrag auf 20 Prozent Lohnerhöhung, einstimmig angenommen. Zu den Anträgen auf ℳ 3,50 Minimallohn für Ausgelernte und nach Leistung Mehrbezahlung, wurde beschlossen, dieselben den Unternehmern schriftlich mitzutheilen; im Falle sie nicht akzeptirt werden, soll nach Antrag eine 6gliedrige Kommission (vom D. M.-V. und Z.-V. D. Former) gewählt werden, um persönlich vorstellig zu werden und weitere Unterhandlungen zu pflegen.

Klempner.

Leipzig. Eine von 200 Personen besuchte Klempnerversammlung fand am 7. Februar im „Koburger Hof" statt. Sie beschäftigte sich mit der Maßregelung einiger Kollegen bei der Firma Ehrich & Sohn. Die Gründe zur Entlassung waren die allerdürftigsten. Der eine Kollege sollte auf ein Mal zu langsam arbeiten, trotzdem er erst vor Kurzem Lohnzulage erhalten hatte. Der andere Kollege wurde entlassen, weil er vor einem halben Jahre einen alten Schemel entzwei gemacht hatte, den er jetzt mit 3 ℳ bezahlen sollte, was er jedoch verweigerte. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: 1. „Die heute im „Koburger Hof" tagende öffentliche Versammlung der Klempner erblickt in dem Vorgehen der Firma Ehrich & Sohn eine Maßregelung derjenigen Kollegen, die bestrebt sind, die Interessen der Arbeiter zu wahren und zu fördern." 2. „Die Versammlung wünscht, daß die dort arbeitenden Kollegen über die Kassenverhältnisse der bestehenden sogenannten 5 ℳ-Kasse Aufschluß zu erlangen suchen und nach Regelung derselben auf Grund der diesjährigen Lohnbewegung die Kasse ganz beseitigen." — Die Kollegen von Kiebenrat Nachf. haben sich sämmtlich der Organisation, dem Deutschen Metallarbeiterverband angeschlossen.

Offenbach a. M. Zuzug von Spenglern nach Offenbach a. M. strengstens fernzuhalten.

Metall-Arbeiter.

Aue i. S. Die Metallarbeiterversammlung, welche am 12. Februar in der „Germania" stattfand, erklärte sich nach einem Referat des Genossen Winkler in Zwickau für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im D. M.-V.

Anklam. Seit einiger Zeit haben sich hier ca. 50 Mitglieder des D. M.-V. zusammengefunden. Es arbeiten hier ungefähr 300 Metallarbeiter. Anfangs schien es, daß die Organisation Fortschritte machen würde, aber die Metallarbeiter denken und Herr Münter lenkt. Am 15. Januar hatten wir eine Besprechung, in der auch gleich die Beiträge entrichtet wurden. Aber es hat sich auch gleich wieder ein Judas gefunden, der Herrn Münter Alles unterbreitete, denn es flog am andern Tag ein Mitglied auf die Straße und am nächsten Sonnabend wurden 4 Mann gekündigt! Das darf uns, Kollegen Anklams, aber nicht wankend machen, bedenkt unsere traurige Lage. Angesichts derselben muß Jeder einsehen, daß es hier nicht mehr so weiter gehen darf. Wir wollen nicht als Sklaven von Herrn Münter behandelt sein, der uns verbieten will, die Zeitung zu lesen, die uns paßt und einem Verein anzugehören, der uns vertritt.

Düsseldorf. In Nr. 4 des „Regulator" ist ein dem hiesigen „Volksfreund" entnommenes Eingesandt abgedruckt und mit den üblichen Hirsch-Duncker'schen Schlußfolgerungen versehen. Dasselbe betrifft die Einklagung der Streikunterstützung gegen unser früheres Mitglied P. Seifert. Die verschiedenen Wuthausbrüche Seifert's im hiesigen „Volksfreund" haben wir unbeachtet gelassen, da es um jeden Tropfen Tinte schade ist, den wir um diesen Herrn verschwenden. Die Entgegnungen in der hiesigen „Volkstribüne" waren von den Werkstattskollegen Seifert's veranlaßt. Nun haben aber die hiesigen Hirsche resp. deren Größe, Herr H., geglaubt, die Angelegenheit als fetten Bissen für ihre magere Tafel verwenden zu sollen, denn das Agitationsmaterial ist bei ihnen trotz der schönen Kasseneinrichtungen ach! so rar. Wir hätten ihnen ja auch diese Freude schließlich noch gegönnt; wenn wir aber nachstehend den Fall klarlegen, so geschieht das nur aus dem Grunde, weil wir verschiedentlich von unseren Mitgliedern darum angegangen wurden. — Im Mai vor. Jahres standen die Holzarbeiter der Firma W. Werner im Kampfe um Erringung der 9stündigen Arbeitszeit. Sämmtliche bei der Firma beschäftigten Klempner erklärten sich solidarisch und legten ebenfalls die Arbeit nieder. Auch Seifert betheiligte sich am Streik, denn als einziger Streikbrecher zu fungiren mochte ihm nach Lage der Sache nicht angebracht erscheinen, zumal die Erfahrungen noch in Aller Gedächtniß waren, welche die Streikbrecher im Jahre 1896 gemacht hatten. Davon, daß er Gegner des Streiks sei, machte S. kein Hehl, er versuchte noch anderen Kollegen die Ueberzeugung beizubringen, daß die Firma bankerott mache und ließ durchblicken, wenn noch 4—5 Mann mitgingen, er dann wieder zur Arbeit zurückkehre. Hiemit hatte der „Arbeitswillige" allerdings kein Glück. Dem Meister der Firma soll S. unter Thränen versichert haben, daß er gerne arbeite, aber allein getraue er sich nicht. Hierbei sei noch bemerkt, daß S., und zwar zum zweiten Male, beim Fabrikanten im Hause wohnte, also Gelegenheit genug hatte, mit den Meistern zu konferiren. Wenn man dieses Verhalten in Betracht zieht, ist es erklärlich, daß nach gewonnenem Streik das Verhältniß der übrigen Kollegen zu S. kein besonders freundschaftliches war und als man ihm in einer Werkstattbesprechung Vorhaltungen machte, ließ der um das Wohl und den Profit seiner Firma so Besorgte die Maske fallen, erklärte, sich an nichts mehr zu stören und aus dem Verbande auszutreten. Wir glauben, kein Kollege wird uns einen Vorwurf daraus machen, wenn wir nach diesen Vorgängen beim Vorstand um die Vollmacht zur Einklagung der gezahlten Streikunterstützung ersuchten. Wenn nun Herr H. im „Regulator" ausruft: „Seht Ihr, Metallarbeiter, wie es Euch im M.-V. ergeht," so antworten wir: Jawohl, Herr H., so ergeht es allen Denen bei uns, welche sich gegen unsere Interessen und als Werkzeuge des Kapitals gebrauchen lassen! Uebrigens möchten wir Herrn H. empfehlen, einmal zu Herrn S. zu gehen; es ist sehr wahrscheinlich, daß sich derselbe dem Gewerkverein anschließen wird, ev. könnte man ihn ja als Ehrenmitglied ernennen. Einem so streitbaren Kämpen im Bunde mit den Fabrikanten sollte man doch möglichst entgegenkommen. Und nun, Herr H., woher kommt es denn, daß trotz der „großen Rechte", welche sich die Arbeiter im Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter erworben, trotz der schönen Kasseneinrichtungen und trotz der diplomatischen Kampfesweise der Führer, trotz der „niedrigen" Beiträge usw. der genannte Verein bei seinem 30jährigen Bestehen auf die minimale Mitgliederzahl von 35,000 zurückblickt, wohingegen der D. M.-V. nach 8jährigem Bestehen 70,000 Mitglieder zählt, trotzdem derselbe doch höhere Beiträge erhebt und nur „Scheinrechte" gewährt? Sind die deutschen Arbeiter denn so ungeheuer vernagelt? Ach nein, Herr H., die deutschen Arbeiter pfeifen auf die Gewerkvereine, weil sie darauf verzichten, Handlangerdienste des Kapitals zu verrichten und patriotischen Klimbim zu treiben. „patriotischen" Klimbim innerhalb einer Arbeiterorganisation. Verleumdung! wird man wieder ausrufen, nichts als sozialdemokratische Verläumdung. Nun, wir brauchen nicht so weit auszuholen. In derselben Nummer des „Regulator", in welcher der Bandwurm des Gesinnungsverwandten Seifert abgedruckt, versichert der Hirsch-Duncker'sche Agitator Brüder-Stralsund, daß es ihm gelungen sei, die hervorragendsten Arbeitgeber für die Sache resp. die Bestrebungen der Gewerkvereine zu gewinnen. Wie wäre es, wenn man Herrn Brüder einmal nach Remscheid schickte, vielleicht gelingt es ihm auch, Herrn v. Stumm für die Gewerkvereine zu begeistern. — Das wäre für heute genug. Herrn Seifert möchten wir noch rathen, doch auch eine Broschüre über seine Erlebnisse bei den Sozialdemokraten zu schreiben. Lorenzen-Fischer-Seifert — das wäre so was, wir würden damit auf einen Streich Alle vernichtet und die Hirsch-Duncker'schen würden sich darum balgen.

Die Ortsverwaltung des D. M.-V., Allg. Verw. Düsseldorf.
J. A.: J. Jäcker, Bevollmächtigter.

Eßlingen. In einer gemeinschaftlichen Versammlung der hiesigen Verwaltungsstellen sprach am 4. Februar Kollege Weißmann-Stuttgart über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Nach einer lebhaften Debatte, in der sich mehrere Redner als Gegner erklärten, wurde folgende Resolution von 75 Anwesenden gegen 5 angenommen: „Die am 4. Februar in der „Neuen Welt" tagende gemeinschaftliche Versammlung der Eßlinger Verwaltungsstellen des D. M.-V. erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erklärt ferner, mit aller Entschiedenheit für die weitere Ausdehnung des Unterstützungswesens einzutreten. Die Versammlung ist überzeugt, daß durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung der D. M.-V. zu einer wirklichen Kampfesorganisation ausgebaut wird und dauerndere Verhältnisse geschaffen werden."

Fürstenwalde. Am 4. Februar fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung des D. M.-V. statt, in welcher Kollege Massatsch-Berlin über Arbeitslosenunterstützung referirte. Nach längerer Diskussion wurde folgende Resolution gegen 4 Stimmen angenommen: „Die Mitglieder des D. M.-V. zu Fürstenwalde sind mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erklären sich für die Arbeitslosenunterstützung."

Grüna. Am 29. Januar fand in Helbig's Gasthaus eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Kollege Robert Krause-Chemnitz führte in seinem Referat an, daß es eine Nothwendigkeit sei, auf der Generalversammlung in Halle die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen Mende, Krauß und Lesch für Einführung der Unterstützung aus. Es ging folgende Resolution ein: „Die heute in Helbig's Gasthaus tagende Metallarbeiterversammlung erwartet von der Generalversammlung in Halle, daß sie den Antrag des Vorstandes auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung genau prüft und für dessen Verwirklichung Sorge trägt." Die Abstimmung über dieselbe war 25 Stimmen für, 24 gegen die Einführung. Als Delegirter zur Landeskonferenz wurde Kollege Mende-Grüna gewählt.

Gerlafingen (Schweiz). Das Eisenwerk Gerlafingen sucht in deutschen (namentlich badischen) Blättern 300 Arbeiter. Von der schweizerischen Verbandsleitung wird hierzu mitgetheilt, daß genügend freie Arbeitskräfte am Platze sind, sodaß die Heranziehung ausländischer nur zu dem Zwecke stattfinden dürfte, um sie gegen die heimischen auszuspielen, aus diesem Grunde sei an dieser Stelle ausdrücklich vor Zuzug gewarnt.

Hannover. Obwohl die Konjunktur in den meisten hiesigen Betrieben der Metallindustrie eine günstige ist, so kann man dies von der Lage der Metallarbeiter (wenige Ausnahmen abgerechnet) nicht sagen. Nach wie vor muß eine große Zahl von Kollegen mit wahren Hungerlöhnen zufrieden sein, und das in Fabriken, die wahre Riesenüberschüsse machen, also in der Lage wären, menschenwürdige Arbeitslöhne zu bezahlen. Allerdings trägt an der schlechten Bezahlung viel schuld, daß von ca. 7—8000 Metallarbeitern, die hier beschäftigt sind, nur ein kleiner Prozentsatz organisirt ist. Bei Betrachtung solcher Zahlen, wie sie die organisirten Arbeiter darstellen, haben die Unternehmer leichtes Spiel, und wenn sich dieses Verhältniß nicht ändert, werden wir auch nicht in die Lage kommen, die Löhne zu verbessern, sondern diese werden sich noch verschlechtern. Verlangen die Arbeiter oft nur einen Pfennig mehr, so ist dies im höchsten Maße „unverschämt", es gestattet „die Konkurrenz" die Bewilligung absolut nicht, zieht aber der Fabrikant 50 ₰ ab, oder wie bei Heilbronn pro Maschine 1 ₰, so ist dies „selbstverständlich" und „mehr als gerechtfertigt", und es gestattet auch der „glänzende" Verdienst der Schlosser und Klempner einen solchen Abzug. Eventuell kann ja der wohlgenährte Metallarbeiter und seine Familie sich bezüglich der Tafelgenüsse etwas einschränken, statt 10 Kartoffeln genügen auch 6, statt zwei Tassen Kaffee (Arbeiter-„Kraftbier") genügt eine usw., und so kann der „Entbehrungs"lohn des Unternehmers noch um einige Prozent gesteigert werden. In einzelnen Werkstellen, die erst neu entstanden sind, beginnen schon die Klagen über kolossale Abzüge. Hier wäre einiges Zusammenstehen sehr nöthig. Es braucht nicht immer gestreikt zu werden, es gibt viel andere Wege, um seine Lage zu verbessern. (Der beste Streik ist derjenige, der gewonnen wird, ehe er beginnt.) In der Lindener Maschinenfabrik wird über die vielen Ueberstunden geklagt, 80, 90 Stunden die Woche usw. Sollten sich hier nicht Mittel und Wege finden lassen, um eine geregelte Arbeitszeit einzuführen? Oder glauben die Arbeiter, daß die vielen Ueberstunden zur Erhöhung des Lohnes führen? Nimmermehr! Auf dem Lindener Eisen- und Stahlwerk lassen die Verhältnisse auch sehr viel zu wünschen übrig. Die schlechten Löhne daselbst sind bekannt, Augenverletzungen, Ersticken; Verbrennen und sonstige Unfälle sind nicht selten. Kein Wunder, da von den Arbeitern fast Niemand an die Organisation denkt, denn von 300 dort beschäftigten Arbeitern sind es 12—15 Mann, die dem Verbande angehören. Auch von Haußmann in Linden wird von den Drehern geklagt, es ist aber möglich, daß hier bereits von Seiten des Gewerbeinspektors Etwas geschehen ist. Das Eisenwerk Wülfel scheint ein Taubenschlag zu sein und zu bleiben; mangelhafte Ventilation, hohe Strafen, niedrige Löhne sind auch hier die Klagelieder. Bei Dreyer & Rosenkranz ist das Schweiswedlerthum zu Hause, aus Furcht vor Denunziation und Entlassungen ist die Zahl unserer Anhänger nur gering. Aber das fortwährende Herabsetzen der Akkordpreise, das oft nur unverständige Arbeiter herbeiführen, trägt doch noch dazu bei, daß manchem Arbeiter die Augen geöffnet werden. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei Steinfeld & Blasberg. Dort hat der Werkmeister K. auch vergessen, daß er früher nur Arbeiter war, dort ist das Losungswort: „Immer feste 'ran, es wird gleich gebraucht." Sehr gute Werkzeugschlosser kehrten in der letzten Zeit der Fabrik den Rücken. „Immer sauberer, immer billiger", heißt es bei den Drehern. Bei Oppenheimer wird über das vom Portier verabreichte Bier geklagt, ferner, daß die Arbeiter wohl im Akkord arbeiten, aber niemals wissen, was es dafür gibt. In der Fornerei, wo niemals die „Blauen" (Hirsche) regiert haben, liegen die Verhältnisse für die Arbeiter besser. — Im Ganzen sind jedoch die Verhältnisse für die Metallarbeiter einer Großstadt wie Hannover sehr traurig, also sehr verbesserungsbedürftig. Deshalb heißt es arbeiten, auch in diesem Jahre nicht rasten, jeder Einzelne muß dazu beitragen, Mitglieder zu werben. Also Kollegen von Hannover und Linden, agitirt, stärkt die Organisation! K. B.

Hohenstein-Ernstthal-Oberlungwitz. Laut Erörterung der Ortsverhältnisse in der Nadelmacherbranche sind die Verhältnisse in Hohenstein-Ernstthal-Oberlungwitz und Umgegend wie folgt: Kommen wir aus unserer Branche heraus, so sind wir in den meisten Fällen genöthigt, uns in einer größeren Stadt nach Arbeit umzusehen, da in unserer Umgebung wenig Aussicht auf Verbesserung der Löhne zu rechnen ist. Und so entscheiden wir uns dahin, daß wir gegen die Arbeitslosenunterstützung sind. Im Falle, daß wir die Unterliegenden sind, so machen wir geltend, daß die Arbeitslosenunterstützung vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit beginnt, wenn der Betreffende einen schriftlichen Nachweis bringen kann.

Ilversgehofen. In einer am 21. Januar abgehaltenen Versammlung der Mitglieder des D. M.-V. referirte Kollege Rudolph-Erfurt über die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine. Nachdem Rudolph einstimmig zum Delegirten für die Generalversammlung gewählt war, wurde beschlossen, hier eine Verwaltungsstelle zu gründen. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Schlosser Karl Neumann, Blumenstraße 15, als Bevollmächtigter, Karl Liberam, Breitestr. 5, als Kassirer, Klempner Friedrich Kroll, als Schriftführer, Klempner Aug. Groß als Revisor. Verkehrslokal ist das Restaurant zur „Blume", Ilversgehofen. Versammlungen finden alle 14 Tage am Sonnabend statt. — Hierauf geißelte Kollege Kroll das Gebahren der Inhaber der 1. Thüringer Acetylengasgesellschaft Erfurt, der Herren Müller & Teichmann, ihm gegenüber. Seit dem kurzen Bestehen der Fabrik ist es schon zweimal zu Differenzen gekommen; beleidigende Ausdrücke, wie „Lumpen" 2c. seitens der Herren seien nichts Außergewöhnliches. Dem Kollegen Kroll wurde der Auftrag zu Theil, auswärts eine Montage auszuführen. Vor seiner Abreise wurde ihm von Müller außer seinem üblichen Lohn eine Montagezulage von 3 ₰ bewilligt. Am Montageort angekommen, stellte sich bald Herr Teichmann ein. Dieser Herr berührte ohne Weiteres die letzte Streikangelegenheit und stellte den Kollegen K. als Ursache desselben hin. Bei dieser Gelegenheit erhielt er noch eine Zulage von pro Stunde 2 ₰ bewilligt. Auf Wunsch begleitete K. Herrn Teichmann nach der Bahn. Auf dem Wege dahin jammerte der gute Mann, es würde an dieser Anlage nichts verdient, sie sei so billig veranschlagt, und muthete dem Kollegen zu, etwas dazu beizutragen, daß der Verlust für die Gesellschaft nicht gar so groß sei. Er machte dem Kollegen den Vorschlag, im Interesse des Geschäfts natürlich, von seinem Vertrag mit Herrn Müller betreffs der 3 ℳ abzusehen und den des Teichmann anzunehmen. Dieser lautete auf freie Kost und Logis und per Tag 50 ₰ Auslösung. Unter Beisein eines Zeugen erklärte dieser Herr, mit dem Wirth eine Vereinbarung getroffen zu haben, daß der Kollege frei Logis und Kost daselbst haben soll. K. ging darauf nicht ein. Nach langem Handel einigten sich beide Theile auf eine Mark, der Kollege behielt sich aber vor, es nur unter der Bedingung versuchen zu wollen, wenn die Vereinbarung zwischen dem Wirth und Teichmann bezüglich Kost und Logis aufrecht erhalten würde. Eine Anfrage K.'s bei dem Wirth ergab, daß derselbe von einer Vereinbarung zwischen ihm und Teichmann nichts wußte. Dadurch war ja der Vertrag, wenn man ihn so nennen will, zwischen Teichmann und K. gelöst. Letzterer machte die Sache seinen Chefs sofort bekannt und führte an, die Anlage nur fertig machen zu wollen auf Grund der Vereinbarungen mit Müller bezüglich der 3 ℳ Montagegeld und der von Teichmann bewilligten Lohnerhöhung von 2 ₰ pro Stunde. Da keine Antwort der Firma kam, nahm K. an, daß dieselbe zufrieden sei. Dies wurde auch bestätigt dadurch, daß Herr Müller bei einem Besuche sein Einverständniß erklärte. Nach Beendigung der Montage wurde K. das Montagegeld anstandslos ausbezahlt, es wurde mit 3 ℳ berechnet, ebenso die Lohnerhöhung. Bezüglich letzterer hatte K. kein Wort verloren und doch wurde ihm dieselbe mitberechnet. Daraus geht hervor, daß die beiden Fabrikanten darüber gesprochen haben mußten. 14 Tage ungefähr danach wurde K. gekündigt, weil er die „Dreistigkeit" hatte, eine Ueberstunde mit 20 Prozent zu berechnen, an diesem Tage aber eine versäumt hatte. K. selbst behagte die Luft in der Bude nicht mehr und deshalb war ihm die Kündigung recht; doch am Lohntage wurde ihm eine Woche einbehalten. Beide Inhaber waren verschwunden, der Vertreter simulirte, nichts zu wissen. K. wendete sich an das Gewerbegericht. Bei der Verhandlung brachte der Vertreter Müller die Lohneinhaltung mit der ca. 3 Wochen vorher ausgeführten Montage in Zusammenhang. Er erklärte, K. hätte mit Unrecht zu viel Geld ausbezahlt erhalten und hätte den Vertrag mit Teichmann verschwiegen, mit welchem nur 1 ℳ Auslösung vereinbart worden wäre, er hätte also zu Unrecht pro Tag 2 ℳ mehr erhalten und dies bei der Auszahlung verschwiegen. Der Vorsitzende erklärte sich für nicht kompetent und gab Müller den Rath, sich an die Staatsanwaltschaft zu wenden. Es bedurfte aber erst noch eines Anhubs der Kollegen, bevor er es that; ganz in die Enge getrieben, that es die Firma nun endlich. Vor dem Schöffengericht holten sich die Herren eine völlige Niederlage. K. wurde von der Anklage des Betrugs, welche die Firma anhängig gemacht hatte, freigesprochen. Erwähnenswerth ist Einiges aus der Gerichtsverhandlung. Nach dem Anklagebeschluß führte der Inhaber Müller an, von der Vereinbarung mit Teichmann nichts gewußt zu haben. Als Zeuge vor Gericht gibt er zu, den Brief K.'s gelesen zu haben, auf die Einzelheiten könne er sich nicht mehr erinnern, indem ein Zeitraum von 5 Wochen zwischen dem Empfang des Briefes und dem Auszahlen des Montagegeldes liege. Ebenso mit der Erhöhung des Stundenlohnes. K. erinnerte Müller an seine an ihn gerichteten Worte, aus welchen hervorging und anzunehmen war, daß Herr Müller trotz der fünf Wochen sich sehr gut erinnern konnte, der Brief des K. lag ja in den Akten und war noch von einem Zeugen unterzeichnet, der bei Abfassung und Absendung desselben zugegen war. Seitens der Geschäftsleitung wurde immer der Empfang eines solchen abgeleugnet, vor Gericht findet sich der Brief plötzlich wieder vor. — K. fragt nun die Mitglieder, welchen Schluß man aus dem Benehmen dieser Herren ziehen solle. Der eine Theilhaber verspreche ihm freie Station und erwähnt den Vertrag zwischen ihm und dem Wirth. Bei der gerichtlichen Vernehmung bestreitet der Wirth, über freie Kost und Logis mit Teichmann verhandelt zu haben. Auf welcher Seite liegt eine betrügerische Manipulation vor? Nicht des Rechtes wegen war diese Klage gestellt worden. Nein, auf die Vernichtung der Existenz K.'s ging es hinaus. Die Firma suchte ihn moralisch todt zu machen. Wäre es zur Verurtheilung gekommen, dann hätten diese Herren wieder einmal über den Verband herfallen können, wie die reißenden Wölfe. Aber sie haben sich in der Person geirrt. Wenn Herr Müller auch betont, K. wäre der Urheber von dieser Sache, wäre er nicht am Gewerbegericht klagbar geworden, so wäre die ganze Geschichte nicht gekommen, so ist das nichts als eine Ausrede. Auf Antrag der Mitglieder soll diese Angelegenheit in der „Met.-Ztg." bekannt gegeben, ebenso der Kollege auf-

gefordert werden, so schnell wie möglich Gegenklage gegen die Firma anhängig zu machen.

Kaiserslautern. Eine am 8. Januar abgehaltene Versammlung der hiesigen Allgemeinen Zahlstelle und der Sektion der Former beschäftigte sich mit der Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die Diskussion war eine sehr rege und wurden pro et contra alle möglichen Gründe vorgebracht. Folgender Antrag wurde angenommen: „Alle Unterstützungen sind fallen zu lassen und das Geld dazu zu verwenden, wo es noth thut."

Leipzig. In der öffentlichen Versammlung der Metallarbeiter Leipzigs, welche am 12. Februar im „Pantheon" stattfand, hielt Kollege Schiemann einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die projektirte Einführung der Arbeitslosenunterstützung im M.-V. Der Referent sowohl als sämmtliche Diskussionsredner traten für dieselbe ein, und fand folgende Resolution gegen 6 Stimmen Annahme: „Die heutige gutbesuchte Versammlung erkennt die Nothwendigkeit der Einführung der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung an. Sie stimmt dem Vorstandsantrag im Prinzip zu und hofft, daß die Leipziger Delegirten auf der Generalversammlung dafür eintreten." Zu der am 5. März stattfindenden Landeskonferenz in Leipzig wurden 5 Delegirte, und zwar Schiemann, Schröder, Wollenberg, Rehbaum und Schramm gewählt.

Nürnberg, 20. Febr. 26 Arbeiter und Arbeiterinnen der Reißzeugfirma Carl Eckert & Sohn legten heute wegen der neuen Fabrikordnung die Arbeit nieder.

Pirna. Am 9. Febr. fand im „Carolabad" eine öffentliche Metallarbeiterversammlung für die Einzelmitglieder von Niedersedlitz, Mügeln und Pirna statt. Genosse Schulze-Dresden sprach über den Kongreß der Metallarbeiter und die Arbeitslosenunterstützung. Redner gibt ein Bild über die Entwickelung des Metallarbeiter-Verbandes und schildert die Kämpfe, die derselbe hauptsächlich durchzumachen hatte und geht dann zu dem Antrag, die Arbeitlosenunterstützung einzuführen, über. Er erläutert hauptsächlich die Gründe, welche ihn bewogen haben, gegen die Arbeitslosenunterstützung Front zu machen und fordert die Anwesenden auf, einem Gegner der Arbeitslosenunterstützung die Stimme zu geben. Folgende Resolution wird angenommen: „Die öffentliche Metallarbeiterversammlung von Pirna und Umgegend ist mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie erkennt an, daß eine Arbeitslosenunterstützung unter den jetzigen Verhältnissen nicht durchführbar ist und ersucht, die Kollegen, bei den jetzigen Delegiertenwahlen nur Gegnern der Arbeitslosenunterstützung die Stimme zu geben." Durch eine weitere Resolution werden die Delegierten ersucht, für eine Urabstimmung über die Arbeitslosenunterstützung einzutreten.

Werdau. Am 4. Februar fand im „Bergkeller" eine öffentliche Metallarbeiterversammlung mit der Tagesordnung statt: Der Antrag des Vorstandes auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Kollege Weber-Chemnitz legte die Zweckmäßigkeit der Arbeitslosenunterstützung dar. Nach der Debatte, in der eine Anzahl Redner dafür eingetreten war, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und beauftragt den für den Wahlbezirk aufgestellten Kandidaten (welcher anwesend war) dafür einzutreten."

Schlosser u. Maschinenbauer.

Düsseldorf. Damit die Kollegen nicht hereinfallen, wollen wir ihnen ein Bild von der Geldschrankfabrik De Simon, Fluhme & Co. geben. Die Schlosser bekommen durchschnittlich ℳ 3,20 Tagelohn, ältere Gehilfen oder Monteure bis zu ℳ 4,20, das ist der höchste Lohn, der überhaupt bezahlt wird. Als neulich ein Arbeiter (Schlosser) 10 ₰ Zulage zu ℳ 3,20 verlangte, sagte der Meister: „So, sie wollen auch noch mehr Lohn haben bei den schlechten Zeiten." Der Arbeiter ertheilte die richtige Antwort, weil bei der Firma durchaus keine „schlechten Zeiten" herrschen, denn es muß jeden Abend bis 11 Uhr, auch noch länger gearbeitet werden. Wer das nicht thut, der fliegt hinaus. Für Ueberstunden gibt es aber keine Prozente. Die Nachtarbeit wird durch das schlechte Licht sehr erschwert, über 100 Personen sind beschäftigt und es wird nur Petroleum gebrannt. An ungefähr 20 Maschinen stehen 6 Gesellen; diese Helden, von denen jeder 3 bis 4 Maschinen bedienen muß, prahlen, daß sie viel Geld verdienen, wenn einer 6—7 ℳ von Morgens 7 bis Abends 11 Uhr verdient. Lehrlinge sind in der Maschinenbude allein 20, in der Geldschrank- und Armaturenbude ist auch noch ein Haufen vorhanden. Die Treiberei und Kommandirerei von den Meistern und dem Direktor ist ganz schrecklich. An Ventilation fehlt es sehr. Neben der großen Werkstattthür ist das Pissoir, ein an der Wand sich befindlicher Bretterkasten; der Geruch zieht in die Werkstatträume. Die Abortsverhältnisse bedürfen einer radikalen Besserung. In jeder der vier Abtheilungen des Abortes steht ein niedriges Faß, auf dem ein Brett zum Sitzen liegt. Mit dem Werkzeug sieht es traurig aus. So ist z. B. in der ganzen Bude ein Parallelreißer, 1 oder 2 Winkel, ebenso Spitzzirkel. Als neulich ein neueingestellter Kollege (Maschinenschlosser) Werkzeug verlangte, bekam er ½ Dutzend alte Feilen und einen Hammer. Auf die Frage nach dem Uebrigen gab ihm der Meister zur Antwort, er solle einmal sehen, wo er Meißel, Zirkel, Winkel usw. herbekommt. Das sind Zustände, die wir mit unserer Organisation nicht beseitigen können. Denn da fehlt es bisher noch an Solidaritätsgefühl. Deshalb rufen wir Euch zu: Organisirt Euch, schließt Euch alle dem D. M.-V. an.

Feilenhauer.

Brandenburg. Eine recht unkollegiale Handlungsweise ließ sich der Feilenhauer Adolf David einigen seiner Arbeitskollegen gegenüber zu Schulden kommen. Wegen ganz geringfügiger persönlicher Zwistigkeiten schwärzte er seine Kollegen beim Meister an in der Absicht, deren Stellung zu untergraben. Dies Verhalten verdient eine ernste Rüge. Wir erwarten, daß er als altes Verbandsmitglied in Zukunft sich nicht an den Meister, sondern an die zuständige Ortsverwaltung wendet.

Leipzig. Eine öffentliche Feilenarbeiterversammlung fand am 4. Februar im „Coburger Hof" statt mit der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zur Organisation der Feilenindustriellen?" Kollege Böhme verbreitete sich in seiner Rede über einen Aufruf im Unternehmerorgan „Messer und Feile" und kam auch auf die Organisation der Metallindustriellen zu sprechen. Die Feilenarbeiter sollten auf ihrer Hut sein und ihre Organisation weiter ausbauen, damit sie den Unternehmern eine geschlossene Masse entgegenstellen können. In der Diskussion wurde folgender Antrag, der zur besseren Agitation verhelfen soll, angenommen: „Die Versammlung gibt den Delegirten zur Generalversammlung des D. M.-V. den Auftrag, den Vorstand des Verbandes zu ersuchen, für die Feilenarbeiter einen Referenten aus unserem Beruf zu stellen, welcher eine Agitation durch ganz Deutschland macht." Dann wurde das Verhalten der Kollegen der Firma Rößiger & Waldmann kritisirt, welche trotz Einladung nicht erschienen waren. Auch ist wieder ein Fall von Hintergehung des Arbeitsnachweises vorgekommen.

Niederrheinischer Agitationsbezirk.

Auf der Konferenz in Velbert am 15. Januar wurden die Verwaltungsstellen Düsseldorfs beauftragt, die Neuwahl des Vertrauensmannes sowie des Stellvertreters zu bethätigen. In der am 4. Februar abgehaltenen kombinirten Mitgliederversammlung wurden nun gewählt:
Rudolf Wallbrecht, Bürgerstr. 12,I, als Vertrauensmann,
Karl Spiegel, Friedensstr. 56,I, als Stellvertreter.

Wir ersuchen die Kollegen um thatkräftige Mitwirkung bei der Agitation, damit wir im nächsten Jahre auf weitere Fortschritte unserer Organisation im Rheinland zurückblicken können.

Sämmtliche Sendungen sind an R. Wallbrecht zu richten.

Mit kollegialem Gruß

R. Wallbrecht, Karl Spiegel.
Beide in Düsseldorf.

An die Metallarbeiter Thüringens.

Werthe Kollegen! Laut Beschluß der letzten Konferenz wurden die statistischen Arbeiten Jena übertragen. In einer kombinirten Mitgliederversammlung wurde nun eine viergliedrige Kommission gewählt und diese mit sämmtlichen Arbeiten in dieser Sache beauftragt. Die Kommission hat in mehreren Sitzungen ihre Arbeiten so weit erledigt, daß die Fragebogen im Druck vor uns liegen und wird in den nächsten Tagen mit dem Versandt begonnen werden. Kollegen, es ist die erste statistische Aufnahme im großen Styl, die wir in Thüringen machen, die Kommission hat sich die größte Mühe gegeben, etwas Ordentliches zu schaffen. Wir richten daher den Appell an die organisirten Thüringer Metallarbeiter, dafür zu sorgen, daß die Fragebogen sorgfältig ausgefüllt und so schnell wie möglich wieder nach hier gesendet werden. In den Orten, wo man sich über Aufnahme von Statistiken noch im Unklaren befindet, sind wir gern bereit, in Versammlungen Aufklärungen zu geben. Kollegen, die Statistik macht uns viel Arbeit und kostet uns nebenbei noch ein gut Stück Geld, darum thut in allen Orten voll und ganz Eure Schuldigkeit.

Jena, im Februar 1899. **H. Leber.**

Rundschau.

Zum Dresdener Prozeß. Gegen die scharfe Kritik auch der anständigen bürgerlichen Presse an dem Dresdener Urtheil glaubten die Offiziösen der sächsischen Regierung einen Hauptschlag thun zu müssen. Zu dem Zweck erschien in dem „Dresdener Journal", einem amtlichen Blatte, eine ausführliche „Darstellung" des Löbtauer Vorfalls. Mit grellen Farben war die Schuld der jetzt im Zuchthaus Schmachtenden ausgemalt, aber — von dem, was einwandsfreie Zeugen über das aufreizende Verhalten des Unternehmers Klemm ausgesagt hatten, von seinen Schimpfereien, seiner von früher her bereits bekannten Schießlust, davon war mit keinem Worte die Rede.

Sofort fuhr die „Sächsische Arbeiterzeitung" dem korybantischen Jubelchor in die Parade mit dem Nachweis, daß der offiziöse Artikel eine **ganz gemeine Fälschung** sei. Denn nicht, wie man der Welt weißmachen wollte, um eine objektive Darstellung des Prozeßergebnisses handelte es sich, nicht das Resultat der kontradiktorischen Verhandlung hatte der Offiziosus wiedergegeben, sondern lediglich — die Anklageschrift des Staatsanwalts!

Zunächst sei festgestellt, daß ein plausibler Grund für die Heimlichkeit des Gerichts noch nicht angegeben worden ist. Man hat aber eingesehen, welcher schwerer Fehler es war, heimlich die exzedirenden Arbeiter abzuurtheilen und man wollte den Fehler wieder gut machen, so weit es „thunlich" war. Daß dazu der offiziöse Preßkuli eine Fälschung beging, das spricht Bände! Dann muß ferner mit aller Schärfe festgehalten werden: Für die Zwecke der geplanten Zuchthausvorlage läßt sich der Löbtauer Vorfall und das Dresdener Urtheil nur dann ausschlachten, wenn man der Wahrheit Zwang anthut.

Und endlich: Die staatsanwaltschaftliche Anklageschrift stellt der Offiziosus dar als das wahrhafte Ergebniß der Prozeßvorhandlung, das ist Fälschung Nr. 1: aber den Umstand, daß der Staatsanwalt, eben der Verfasser dieser Anklageschrift, am Schluß der Verhandlung die Annahme **mildernder Umstände** für die Angeklagten den Geschworenen empfahl, das verschweigen sie, und begehen damit Fälschung Nr. 2. So zu handeln erlaubt den Stützen von Ordnung, Recht, Sitte, Thron und Altar vermuthlich ihre Moral, wenn es den Kampf gegen die aufstrebende Arbeiterschaft gilt.

Im Ruhmeskranze der sächsischen Polizei reiht sich Blatt an Blatt. Schon wieder sind wir in der Lage, ein neues dem Kranze anzufügen, das sich nicht zu verstecken braucht in der übrigen Blätter Fülle. In Gröditz bei Elsterwerda sollte am 4. Februar die Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes vorgenommen werden; zu diesem Akte hatte der Restaurateur Fiedler bereitwillig sein Lokal zur Verfügung gestellt. Als an dem betr. Abend die Metallarbeiter zahlreich vor dem Lokale erschienen, erklärte der Wirth, die Wahl könne bei ihm nicht stattfinden, denn die Polizei komme. Und das Auge des Gesetzes wachte an diesem Abend sorgsam über die Ruhe und Sicherheit von Gröditz: drei bis vier Mann hoch rückten die Gesetzeswächter an, hielten Umschau, ob auch nichts Staatsgefährliches sich ereigne (man denke: eine Delegirtenwahl!), riefen den Genossen F. aus Dresden, der als Korrespondent der organisirten Metallarbeiter für Ostsachsen nach Gröditz gekommen war, um dem Wahlakte beizuwohnen, in ein Nebenzimmer, stellten seine Personalien fest, fragten nach Legitimationspapieren und konfiszirten ihm schließlich eine Nummer der Metallarbeiterzeitung und verschiedene ältere Flugblätter, die F. zufällig in der Tasche hatte — alles mit der gleichmüthigsten liebenswürdigsten Miene von der Welt, als „müsse es nur so sein". Auch ungefähr ein halbes Dutzend andere Metallarbeiter wurden dann notirt und bezeichnender Weise darüber ausgefragt, wo sie beschäftigt seien (!) — Die Delegirtenwahl war aber vorläufig verhindert, und ruhig konnten die ordnungsliebenden Bürger von Gröditz ihr Haupt zur Nachtruhe niederlegen. Es lebe die Gesetzlichkeit!

Das neue Handwerkergesetz scheint bei manchen Behörden arge Rechtsverwirrungen angestiftet zu haben. Nach diesem Gesetz dürfen den Zwangsinnungen nur Handwerker angehören; solche, die ihr Gewerbe fabrikmäßig betreiben, sind nach § 100f ausgeschlossen, können aber der Zwangsinnung nach § 100g freiwillig (nur für ihre Person) beitreten, was jedoch keine rechtliche Wirkung auf ihr Personal hat.

In Sachsen ist nun den Buchdruckereibesitzern die Gründung einer Zwangsinnung und Hereinziehung aller selbstständigen Berufsgenossen genehmigt worden, obgleich von letzteren ein großer Theil ihr Gewerbe fabrikmäßig betreibt, Maschinenanlagen besitzt, Hunderte von Arbeitern beschäftigt und im Register der Fabrikinspektion eingetragen ist; — ja, die Hauptmacher dieses Zwangsinnungsrummels sind gerade Besitzer großer Druckereien, die die für Handwerker geschaffenen Vortheile des Gesetzes für die Großindustrie gegen die Arbeiter ausnützen wollen.

Die Leipziger Handelskammer mußte sich nun deshalb mit dieser Sache befassen, weil eines ihrer Mitglieder, das sich früher als Kaufmann und Fabrikant gerirte, auf einmal entdeckt hat, nur Gewerbetreibender zu sein und deshalb aus der Liste der beitragspflichtigen Firmen zur Handelskammer gestrichen sein will. In der Sitzung der Kammer vom 30. Januar wurde die Ungesetzlichkeit der behördlichen Genehmigung der Buchdruckerinnung scharf angegriffen. Auch in Aachen, Berlin und Köln seien ähnliche Rechtsverwirrungen vorgekommen; indeß sei eine sachliche Agitation gegen diese ungesetzlichen Maßnahmen im Werke, die jedenfalls deren Aufhebung erreichen werde. Die Handelskammer schloß sich diesen Ausführungen ihres Berichterstatters an. Der Protest ist um so bedeutungsvoller, als die Leipziger Aufsichtsbehörden auch andere Innungsstatuten genehmigt haben, die im Widerspruch zum Gesetz stehen, indem sie Nichthandwerker zum Beitritt zur Zwangsinnung verpflichten.

Den Bestrebungen, die Zwangsinnungen zum Sammelbecken großindustrieller Arbeiterausbeutungsagitation zu machen, muß nachdrücklich gesteuert werden. Schmeichelhaft ist es aber für die Autoren der Handwerksnovelle keineswegs, wenn selbst bei oberen Verwaltungsbehörden über deren Inhalt nicht einmal Klarheit herrscht.

Die Lage des Arbeitsmarktes ist im Großgewerbe noch anhaltend günstig. Eine Ausnahme machte die Kohlen- und Eisenindustrie in Oberschlesien, über die vorübergehend Berichte über Mangel an Beschäftigung einliefen. Doch hat sich gegen Ende des Januar das oberschlesische Geschäft wieder erholt. Besonders zu begrüßen ist die in verschiedenen Gegenden zu Tage tretende Besserung im Textilgewerbe; die Beschäftigung nimmt wieder zu, die Preise für Fertigfabrikate ziehen an. Theilweise hat auch das Hochwasser nach kurzer Zeit großer Schädigung vermehrte Arbeitsgelegenheit gebracht; die Dachdecker in Südwestdeutschland haben dadurch plötzlich und unvorhergesehen viel Arbeit bekommen. Im Baugewerbe, bei Hoch-, Kanal- und Kleinbahnbauten geht der Betrieb Dank der milden Witterung flott weiter und macht sich weithin, selbst auf die Beschäftigung im Baugewerbe bemerkbar. Wie wir der Berliner Monatsschrift „Der Arbeitsmarkt" entnehmen, zeigen die Abschlußziffern der Arbeitsnachweisverwaltungen zwar noch immer einen günstigen Stand des Arbeitsmarktes an, aber er vertheilt sich nicht gleichmäßig auf sämmtliche Städte. Von 58 vergleichbaren Daten der berichtenden Arbeitsnachweise weisen im Vergleich zum Januar des Vorjahres 36 (+ 2 ausländische) eine Abnahme und 19 (+ 1 ausländische) eine Zunahme des Andranges auf.

Abnahme: Posen, Breslau, Berlin, Kiel, Quedlinburg, Erfurt, Dessau, Osnabrück, Dortmund, Elberfeld, Köln, M.-Gladbach, Aachen, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Mainz, Darmstadt, Worms, Kaiserslautern, Heidelberg, Freiburg, Schopfheim, Karlsruhe, Mannheim, Konstanz, Stuttgart, Ludwigsburg, Kannstatt, Reutlingen, Schw. Hall, Heilbronn, Ulm, Würzburg, Nürnberg, Augsburg, München. — (Brünn, Graz.)

Zunahme: Frankfurt a. O., Rixdorf, Halle a. S., Gera-R., Hannover, Bielefeld, Münster, Hoerde, Essen, Düsseldorf, Kreuznach, Gießen, Straßburg i. E., Lahr, Offenburg i. B., Mülheim i. B., Pforzheim, Eßlingen, Fürth. — (Bern.)

Die bayerische Fabrikinspektion erscheint diesmal zuerst mit ihrem Jahresbericht für 1898, während Jahre lang diese Ehre unangefochten der badischen Fabrikinspektion verblieb, deren Jahresbericht zweifellos ebenfalls bald erscheinen wird. Die sächsischen und preußischen Fabrikinspektoren sind von diesem Wetteifer bis jetzt glücklicherweise noch nicht berührt worden, sie meinen, ihre Berichte kommen im Sommer noch immer früh genug.

Geschäftsruin durch Streikbrecher. Die in Konkurs gerathene Firma Oswald & Kirchgeßner, Hutfabrik in Dresden, gibt in einem an ihre Gläubiger gerichteten Zirkular als erste der Ursachen, welche die ungünstige Lage des Geschäftes herbeigeführt haben, „den Streik der Hutmacher" im Vorjahre an, wodurch beim Beginne der Saisonlieferungen sämmtliche Arbeitskräfte plötzlich entzogen und die Einstellung von arbeitsunkundigem Personale nöthig wurde, dessen hergestellte Waare vielfach unbrauchbar und durch neue zu ersetzen war, da sie in dem gefertigten Zustande unmöglich geliefert werden konnte." Das ist sehr interessant! Hier haben wir in drastischer Gestalt die andere Seite der „lieben und staatserhaltenden Streikbrecher", derentwegen die ehrlichen Arbeiter in's Zuchthaus sollen. Geht den Unternehmern bald ein Licht auf über die gemeinschädliche Rolle der Streikbrecher?

Der Segen der Arbeiterorganisation für die gesammte Industrie wird an einem Beispiel von der Handelskammer in Barmen in ihrem Berichte für 1898 beleuchtet. Darnach war in einem Zweige der Bandwirkerei, speziell in der Kleidersaumschutzborte eine fortwährende Verschlechterung der Qualität durch Hervorbringung immer billigerer Erzeugnisse und der damit im Zusammenhang stehende Rückgang der Preise eingetreten, welcher einen solchen Grad erreichte, daß von einem angemessenen, auch nur bescheidenen Ansprüchen entsprechenden Nutzen nicht wohl mehr die Rede sein konnte. Dabei waren natürlich die Arbeitslöhne auf's Tiefste herabgedrückt, so daß sich endlich, um dieser Verschlechterung entgegenzuwirken, die Bandwirker zu einer Vereinigung veranlaßt sahen. „Es nicht zu verkennen," sagt die Handelskammer, „daß durch diese Vereinigung eine heilsame Gegenwirkung erreicht worden ist und es kann auch nur gewünscht werden, daß sie sich auch ferner in gleichem Maße bewähren möge." Der Vorgang zeigt, daß einzig die Arbeiterorganisation das fortwährende Fallen des Arbeitslohnes aufzuhalten und daß auch sie allein einen Damm gegen die maßlose Schmutzkonkurrenz zu bilden vermag.

Einen „Verstoß gegen die Gesetze und die guten Sitten" sollte nach dem Urtheil des Schöffengerichts in Ruhrort der Tischler Golitz begangen haben, weil er sich weigerte, Ueberstunden zu machen und seine Kollegen ebenfalls zur Weigerung veranlaßte. Das Landgericht in Duisburg lehnte diese „klassische" Auffassung der Ruhrorter ab, erkannte aber gleichfalls in der Weigerung einen Grund zur sofortigen Entlassung. Auch diese Entscheidung ist sehr bedenklich. Mit den Ueberstunden können die Unternehmer so viel Mißbrauch treiben, daß schließlich die „normale Arbeitszeit" von 9, 10 oder 11 Stunden zur Ausnahme und die durch Ueberstunden auf 12 und 13 Stunden verlängerte Arbeitszeit die faktisch normale ist. Gegen solchen Unfug müssen sich die Arbeiter wehren können.

Der Spandauer Brandstifter Engel, der im vorigen Jahre einen Schuppen in Brandenburg anzündete, in dem ca. 60 italienische Streikbrecher schliefen, wurde vom Landgericht in Berlin zu 8 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Bekanntlich sollte der Vorfall damals von der abgebrühten und gewissenlosen Scharfmacherpresse gegen die organisirten Arbeiter ausgespielt werden. Vor Gericht wies sich der Brandstifter als beschränkt und arbeitsscheu aus und selbst von polizeilicher Seite wurde bezeugt, daß er nie etwas mit der Sozialdemokratie oder einer Gewerkschaft zu thun hatte. Der Liebe Müh' war also wieder einmal umsonst.

Einen Verein der Streikbrecher zu gründen beabsichtigen die Zünftler der Baugewerksinnung in Steglitz bei Berlin. Das mögen sie thun, aber sie werden dann vielleicht auch wie die Dockbesitzer in London erleben, daß auch die organisirten Streikbrecher streiken können. Schließlich findet die kapitalistische Ausbeutung auch beim Streikbrecher eine Grenze.

Eine statistische Erhebung über die Zahl der Arbeiter, über die gezahlten Löhne sowie über die Art und Vertheilung der Einzelprodukte der Kleineisenindustrie veranstaltet der Verein der Märkischen Kleineisenindustrie in Hagen i. W. Man will sich dadurch eine Handhabe schaffen zu lohnenderer Gestaltung der Ausfuhr nach Rußland beim Abschluß eines neuen Handelsvertrages. Das Material soll gleichzeitig dem wirthschaftlichen Ausschuß zur Vorberathung der Handelsverträge überwiesen werden.

Robert Knigth, der 28 Jahre lang der Leiter der englischen Kesselschmiede-Union gewesen, ist von seinem Posten zurückgetreten. Er steht im 66. Lebensjahre. Als er 1871 die Leitung des Verbandes übernahm, zählte dieser 94 Sektionen mit 7000 Mitgliedern und sein Vermögen betrug 180,000 Mark, heute gehören dem Verband 40,776 Mitglieder in 258 Sektionen an und belaufen sich die verschiedenen Kassenbestände auf über 35 Millionen Mark. Bei seinem Rücktritte gaben ihm seine Kollegen und die Unternehmer gemeinsam ein Festmahl und überreichten ihm einen Check auf 10,000 ℳ, um, wie in der Widmung erklärt wird, „einen Beweis zu geben von ihrer Achtung für seine edlen und erprobten Eigenschaften als Organisator und Führer von Trade-Unions, sowie des Diplomaten in der Verhinderung und Beilegung von Streitigkeiten." In Deutschland sind die Unternehmer und Polizei, Regierung und Gerichte hinter den organisirten Arbeitern und ihren Führern her, um auch den letzten in's Zuchthaus zu bringen — denn das Zuchthaus ist in Deutschland das neueste Mittel, um die soziale Frage zu lösen und die Arbeiter zwangsweise zufrieden zu machen.

Berichtigung.

Der in Nr. 5 ds. Bl. enthaltene Bericht über die Metallarbeiterkonferenz zu Neumünster enthält eine Anzahl Unrichtigkeiten, deren Berichtigung der Unterzeichneten dringend nothwendig erscheint.

Es ist nicht gewünscht worden, jeden Monat, sondern nur jedes Vierteljahr einen Bericht von den verschiedenen Verwaltungsstellen über die örtlichen Verhältnisse zu erhalten.

Es sind von der Agitationskommission nicht 6 Briefe ausgegangen, sondern vom Vorsitzenden allein **173** Karten und Briefe, vom Kassirer **23**.

Die von Quist angegebenen Berichtigungen zu der in Nr. 52 ds. Bl. vom vor. Jahre enthaltenen Statistik sind folgende:

In einer Versammlung in Kiel wurde behauptet, der Lohn der Klempner in Pries-Friedrichsort sei zu hoch angegeben.

Die daneben stehende Angabe betr. die Kupferschmiede an demselben Orte enthält einen Druckfehler. Es soll nicht 23—44 ₰, sondern 32—44 ₰ heißen.

Bei der in der Rubrik „Sonntagsarbeit" stehenden Angabe aus Pries-Friedrichsort ist die Anmerkungsziffer 18 zu streichen.

Ferner hob Quist hervor, daß die Angaben aus Elmshorn genau mit den von dort zurückgekommenen Fragebogen übereinstimmen, daß somit die in Nr. 1 ds. Bl. vom laufenden Jahre enthaltene Berichtigung aus Elmshorn gegenstandslos sei.

Die dem Kollegen Quist in dem Berichte zugeschriebenen Ausführungen: „. . . und empfahl, sich bezüglich der Agitation an das Komitee zu wenden, statt an die „Kieler Volkszeitung" hat derselbe gar nicht gemacht. Er hat gesagt: „Es wäre richtiger gewesen, wenn sie sich in Betreff der Berichtigung erst an die Agitationskommission gewendet hätten, statt eine unrichtige Berichtigung an die „Metallarbeiter-Zeitung zu senden."

Es soll ferner statt Sommeser-Lübeck, Jacobi-Altona und Brower-Lauenburg heißen: Sommerfeldt-Lübeck, Jakob-Altona und Rohwerder-Lauenburg.

Die Agitationskommission der Metallarbeiter für Schleswig-Holstein.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Aachen. Samstag, 25. Febr., Abends halb 8 Uhr, bei Schilling, Bergstr. 25.

Alfeld. Sonnabend, 4. März, im „Tivoli".

Altenburg. Sonnabend, 25. Febr., Abends halb 9 Uhr, im „Tivoli".

Barmen. Sonnabend, 4. März, bei Hühn, Fischerthalerstr. 19. Vortrag über Konsumgenossenschaften.

Bergedorf. Am 4. März, Kartellbericht. Wie regeln wir die Zahlung der Beiträge am Orte am besten? Wahl eines Bevollmächtigten und Delegirten zum Kartell.

Bernburg. Sonnabend, 4. März, Steinstr 4.

Bochum. Sonntag, 26. Febr., Nachmittags 3 Uhr, bei Wirth Förster, Moltkeplatz. Bericht über die Lohnstatistik. Stichwahl.

Brandenburg a. H. Dinstag, 28. Febr., Abds. halb 9 Uhr, Branchenversammlung der Klempner, Rohrleger und Installateure bei Gg. Schneider, Schützenstr. 25.

Bremenhaven. Am 25. Februar.

Cannstatt. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Samstag, 25. Febr., im „Löwen". Bericht von der Landeskonferenz. Gewerkschaftsbericht.

Duisburg. (Sekt. der Feilenhauer.) Samstag, 25. Febr.

Essen a. d. R. (Allgem.) Sonntag, 5. März, Nachm. 4 Uhr, im großen Saale der „Rothenburg". Muß die Kulturmenschheit den Genuß geistiger Getränke bekämpfen? Referent: Herr Dr. med. H. Wehberg aus Düsseldorf.

Essen. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 4. März, bei Menke, Kastanienallee 68.

Frankenthal. Samstag, 25. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Wargand, Welschgasse 53. Diskussion über die zur Generalversammlung gestellten Anträge. Bericht der Gewerkschaftskommission.

Frankfurt a. M. (Sektion der Spengler u. Installateure.) Samstag, 25. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Stein, gr. Eschenheimergasse 23. Vortrag des Herrn Dr. phil. R. Hering über: Goethe.

Freiberg i. S. (Beide Sektionen.) Samstag, 4. März, Abends 8 Uhr, bei Schwanke. Vortrag des Kollegen Groß über das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in der Theorie und Praxis

Freiburg i. S. Am 25. Febr., Abends halb 9 Uhr, sowie alle Sonnabende von halb 9—10 Uhr Beitragszahlung in Fibach's Restaurant, Nonnengasse.

Goldlauter. Sonntag, den 26. Februar, im „Hirsch", Heidersbach.

Grünberg i. Schl. Montag, 27. Febr., Abds. halb 9 Uhr, Zahlabend in der „Sonne", Berlinerstraße.

Hamburg. (Sektion der Klempner.) Dinstag, 7. März, Abends halb 9 Uhr, bei Hilmer, Gänsemarkt 35.

Hannover. (Sekt. der Klempner.) Sonnabend, 4. März, Abends halb 9 Uhr, bei Straßner.

Hannover. (Sekt. der Schmiede.) Sonnabend, 25. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Fiene, Rabenacherstr. 1.

Jena. (Allgem.) Sonnabend, 4. März, Abends 8 Uhr, in der „Grünen Tanne" (Wenigenjena).

Kalk. Am 4. März.

Kalk. Montag, 27. Febr., Abends halb 8 Uhr, bei Heilmann, Hauptstr. 156. Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung.

Karlsruhe. (Sektion der Bauschlosser.) Samstag, 25. Februar, Abends halb 9 Uhr, in der „Fortuna". Vortrag.

Karlsruhe-Mühlburg. Samstag, 25. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im „Hinter". Vortrag.

Kostheim-Gustavsburg. Samstag, 25. Febr., Abds. halb 9 Uhr Stichwahl zur Generalversammlung.

Krefeld. Montag, 27. Febr., bei Jöris. Gewindeberechnungskursus.

Löbtau-Naußlitz-Gorbitz-Cotta. Sonnabend, den 4. März, Abends 9 Uhr, Versammlung im Restaurant zur „Linde", Naußlitz. Rechenschaftsbericht pro 1898 und Bericht des örtlichen Vertrauensmannes von Dresden-Altstadt. Was lehren uns die Streiks? Gewerkschaftliches.

Mehlis. Sonntag, 5. März, im „Lindenhof".

Memmingen. Sonntag, 26. Febr., Vorm. 10 Uhr, im „goldenen Roß". Abrechnung vom Vergnügen.

Merrane i. S. Alle 14 Tage Sonnabends Beitragszahlung. Nächster Zahlabend 4. März, Abends halb 9 Uhr, im „Thüringer Hof".

Merseburg. Sonnabend, 4. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Saalschlößchen". Vortrag des Kollegen Leber-Jena: Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Theorie und Praxis. — Die Ausgabe der Bibliothekbücher erfolgt jeden Sonntag Vormittags von 10—11 Uhr.

Merseburg. Sonntag, 5. März, Vormittags 11 Uhr, im „Saalschlößchen".

Meuselwitz. Sonnabend, 25. Febr., Abends 8 Uhr, in der „Guten Quelle".

Mülheim a. Rh. Dinstag, 28. Febr., Abds. 9 Uhr. Wahl eines Schriftführers. Vortrag.

Neu-Isenburg. Sonntag, 26. Februar, Nachmittags 4 Uhr, in der „Waldbahn". Stichwahl zur Generalversammlung.

Neumarkt i. O. Sonntag, 26. Febr., Vormittags 10 Uhr, im Lokale.

Neumühlen. Sonnabend, 25. Febr., Abends halb 9 Uhr, in C. Forst's Gasthof, Wellingdorf. Sämmtliche Bibliothekbücher sind zur Revision abzuliefern.

Nürnberg. (Sektion der Schleifer, Polirer und Vernickler.) Samstag, 4. März, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Mörser".

Offenburg. Samstag, 25. Febr., Abends 8 Uhr, im „Schützen".

Peine. Sonnabend, 4. März, Abends halb 9 Uhr.

Rathenow. Sonnabend, 4. März, Branchenversammlung der Schlosser und Maschinenbauer bei Schulz, Jägerstraße.

Schönebeck. Sonnabend, 11. März, Abends halb 9 Uhr, im „Bürgerhaus".

Steglitz. Dinstag, 28. Febr., Abends halb 9 Uhr, im „Gambrinus". Bekanntgabe des Wahlresultats.

Stuttgart. (Sekt. der Flaschner.) Samstag, 25. Febr., Abends 8 Uhr, im „Goldenen Bären". Gewerkschaftsberichte.

Stuttgart. (Sekt. der Schmiede.) Samstag, 25. Febr., im Gewerkschaftshaus.

Velbert. Samstag, 4. März, Abends halb 9 Uhr, bei Wittwe Kotterheidt, Neustr. 26.

Alfeld. Die Wohnung des Bevollmächtigten ist: Sedan 23.

Beiertheim-Bulach. Samstag, 25. Febr., Abends 8 Uhr. Abendunterhaltung bei Westermann.

Hamburg. (Gelbgießer, Metalldreher, Gürtler und Schleifer.) Sonnabend, 4 März, großes Wintervergnügen, bestehend aus Zitherkonzert und Ball, sowie Instrumental- und humoristischen Vorträgen im gr. Saale des Hamburger Ballhauses, Neust. Neustr. 25. Durch vier Linien der Straßenbahn bis vor die Thüre zu erreichen. Bier per Seidel 15 ₰. Eintrittskarte für Herren 30 ₰, Dame frei. Anfang halb 9 Uhr.

Nürnberg. Der Zentralarbeitsnachweis für sämmtliche Sektionen Nürnbergs befindet sich im „Goldnen Anker", Bergstr. 9, und ist an Wochentagen Abends von 7 bis halb 9 Uhr, an Sonntagen Vormittags von 10 bis halb 12 Uhr geöffnet. Das Umschauen ist zu unterlassen.

Oelsnitz i. V. Ersuche die Kollegen, die Adresse des Formers Albert Federspiel, geb. zu Pfunds in Tyrol, mir wegen einer Verhandlung sofort mitzutheilen.

Rudolf Freyer, Voigtsburg 33.

Schwabach. Der Zentralarbeitsnachweis der vereinigten Gewerkschaften befindet sich im Gasthaus zur „Silb. Kanne", Nürnbergerstraße 10. Wochentags von 7—9 Uhr Abends, Sonntags 10—12 Uhr Vorm., 6—7 Uhr Abends geöffnet. Umschauen strengstens verboten.

Wiesbaden. (Sektion der Spengler u. Installateure.) Diejenigen Kollegen, die gesonnen sind, die Stenographie zu erlernen, werden gebeten, sich am Donnerstag, den 2. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn E. Küllmer, Adlerstr. 6, einzufinden. Der Kursus wird unentgeltlich ertheilt, die Mitbringung einer Bleifeder erforderlich.

Gestorben.

In Heiligenhaus Adolf Krüger aus Würzburg, 56 Jahre alt, an Lungenschwindsucht. — In Nürnberg am 3. Februar der Zinngießer Aug. Hardfelder aus Weiltingen, 30 Jahre alt, an der Proletarierkrankheit.

Oeffentliche Versammlungen.

Braunschweig. Sonnabend, 25. Febr., öffentliche Metallarbeiterversammlung. Die Organisationsverhältnisse der Former. Referenten: R. Reupert und Schiemann-Leipzig.

Dortmund. Samstag, 4. März, Abends 8 Uhr, bei Kredel, Mühlenstr. 1, Oeffentliche Versammlung der Klempner und Installateure. Referent: Gen. Limpeg-Dortmund.

Köln-Poll. Sonntag, 26. Febr., Nachm. halb 5 Uhr, im ehemals Hassel'schen Lokal, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Die Zweckmäßigkeit der Organisation und die rechtliche Lage der Gewerkschaften.

Schönebeck. Sonnabend, 4. März, Abends 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung im kleinen Saale des „Stadt-Park". Das Koalitionsrecht und die deutschen Metallarbeiter. Referent: Genosse Alb. Rudolph-Erfurt.

Schwelm. Sonntag, 26. Febr., Nachm. 5 Uhr, bei Carl Ebingshaus, öffentliche Versammlung. Wahl der Delegirten zum Kartell. Kartellangelegenheiten.

Privat-Anzeigen.

Tüchtiger Schnittbauer
für dauernde, angenehme Stellung gesucht von [28
Georg Hamann, Weida S.-W.

Einen **Siebmachergehilfen** sucht
29] **F. Baumeister,** Nürnberg, Rosengasse 7.

Tüchtige Dreher
welche auch am Schraubstock arbeiten können, finden dauernde und lohnende Stellung.
Gg. Mußmann, Maschinenbaugeschäft
31] Regensburg.

Siebmacher, welcher im Siebmachen tüchtig und im Maschinenflechten bewandert ist, auf dauernd gesucht.
34] **Alois Blum,** Mainz.

Ich ersuche den August **Furrer** aus Rüppurr, nach Hause zu kommen. Kollegen, die mit ihm zusammen kommen, bitte, ihm dies mitzutheilen. [32
Wilh. **Dahlinger,** Rüppurr 81, b. Karlsruhe.

Suche allerorts Herren, welche ständig meine konkurrenzlosen Neuheiten vertreiben. Prozente sind hohe. Offert. an **Herm. Wolf,** Zwickau i. S., Emilienstr. 22. [33

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur J. Scherm in Nürnberg. — Druck und Verlagsexpedition Wörlein & Comp. in Nürnberg.